

Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 26

Duisburg, den 29. Juni 1929

30. Jahrgang

Der Young-Plan und die Arbeiterschaft

II.



In der vorigen Nummer unseres Organs haben wir dargelegt, daß die Erfüllung des Young-Planes zwar außerordentlich schwer sei, daß aber im Verhältnis zum Dawes-Pakt eine in manchen Teilen wesentliche Änderung, die einer Erleichterung nahekäme, vorliege. Im Gegensatz zum Dawes-Pakt sei endlich die Höhe der Zahlungen überhaupt festgelegt, die Jahresleistung sei gestaffelt und der Wohlfahrtsindex in Wegfall gekommen. Zu diesen Änderungen kommen nun noch folgende Punkte:

4. Die Sachlieferungen werden stark eingeschränkt.

Sie sind nach dem Young-Plan auf 750 Millionen Mark festgesetzt, senken sich aber im Laufe von neun Jahren um je 50 Millionen bis auf 300 Millionen und fallen dann ganz fort. Die 26-Prozent-Abgabe (Recovery Act), die bisher vom deutschen Export nach England zu zahlen war, wird auf 20 Prozent ermäßigt, um dann allmählich beseitigt zu werden.

5. Die Reparationskontrolle fällt weg.

Der Reparationsagent, bisher der mächtigste Mann in Deutschland, erhält seine Papiere. Er hatte das Recht, in Finanz- und Budgetangelegenheiten zu intervenieren; seine Auffassung vom deutschen Wirtschafts- und Sozialleben konnte schwerwiegende Folgen für Deutschland und auch für die Arbeiterschaft haben. Es ist ja unseren Kollegen nicht unbekannt, daß von deutschen Industriellen starker Druck auf den Reparationsagenten Parker Gilbert auszuüben versucht wurde mit dem Hinweis, daß durch Lohnerhöhungen die Zahlung der Reparationen überhaupt in Frage gestellt sei. Mit dem Wegfall der Reparationskontrolle hat die wirtschaftliche Unabhängigkeit Deutschlands einen guten Schritt nach vorn getan.

6. Die deutsche Reichsbahn und die Industrie werden entlastet.

Die hypothekarische Belastung der Reichsbahn fällt weg. Die Reichsbahngesellschaft ist aber verpflichtet, unmittelbar an die neuerrichtende Reparationsbank 660 Millionen Mark als Beitrag zur deutschen Jahresleistung zu zahlen. Allerdings ist bedauerlich, daß auch der Young-Plan bestimmt, daß die Deutsche Reichsbahn während der Geltungsdauer des Planes als privates und unabhängiges Unternehmen ohne Einmischungsrecht der deutschen Regierung bestehen bleibt. Ebenso sind die Industrieobligationen in Höhe von jährlich 300 Millionen Mark beseitigt, was eine immerhin fühlbare Erleichterung auch für die Industrie bedeuten würde.

7. Änderung des Transferschutzes.

Um die Mobilisierung eines bestimmten Teiles der deutschen Reparationsleistungen zu ermöglichen, d. h. um Anleihen aufzunehmen, deren Zinsen aus diesen Leistungen be-

stritten werden, verzichtet Deutschland auf den Transferschutz von 660 Millionen, der im übrigen aber bestehen bleibt. Das ist Deutschlands Konzession an die Gläubiger, ohne welche die Siegerstaaten wohl kaum ein Interesse daran gehabt hätten, Deutschland in der Höhe der Jahresleistungen entgegenzukommen.

8. Errichtung einer internationalen Zahlungsbank.

Von außerordentlich weittragender Bedeutung, deren Größe sich vielleicht erst in der Zukunft zeigen wird, ist die Einrichtung der sogenannten Reparationsbank, welche die Abwicklung der Jahreszahlungen und Sachlieferungen zu übernehmen hat. Sie erhält als Eigenkapital 300 Millionen Mark, von deren Ertrag ein Viertel dem Tilgungsfonds für die letzten 21 Jahre zufließt. Die Gläubiger leisten allmählich eine verzinsliche Einlage von 660 Millionen, Deutschland von 300—400 Millionen Mark. 40 Prozent ihres sonstigen Reingewinns fließen ebenfalls dem erwähnten Tilgungsfonds zu. Auch ein Teil der laufenden Zahlungen Deutschlands wird für einige Zeit auf dem Konto der Bank bleiben. Bisher hatte in der Zwischenzeit die Reichsbank die Verfügung darüber. Die Entziehung dieser Summe für die Reichsbank ist nicht gerade von Vorteil für Deutschland. Ueber die zukünftigen Möglichkeiten einer solchen Bank für die Vereinfachung des internationalen Zahlungsverkehrs braucht hier nicht gesprochen zu werden. Wichtig aber wäre, wenn diese Bank als Finanzinstitut für große weltwirtschaftliche Investierungsprojekte dienen könnte. Dann bestände die Möglichkeit, einen Teil der Aufträge direkt der deutschen Industrie zuzuleiten. Man braucht sich über die Leistungen der Reparationsbank nicht von heute auf morgen großen Hoffnungen hinzugeben, aber immerhin könnte damit eine Basis für die Erfüllung der Hoffnungen geschaffen werden, die man auf den Weltwirtschaftskonferenzen vergeblich bis jetzt zu formen gesucht hat.

Aber dennoch ist der Young-Plan auf die Dauer untragbar.

Wir haben zwar in Paris eine Erleichterung unserer Lage, eine gewisse Entspannung gegenüber dem Dawes-Pakt erreicht, die besonders in den ersten Jahren sich wirtschaftlich zum Guten auswirken möge. Aber darüber gibt sich auch keiner einer Täuschung hin, daß bei einer Jahresleistung von 2,4 Milliarden der heutige Zustand wieder erreicht ist. Auch die jetzt festgelegten Jahresleistungen übersteigen die Leistungsfähigkeit Deutschlands. Leider scheint sich das deutsche Volk nicht immer genügend Gedanken darüber zu machen, was auch der Young-Plan für uns bedeutet. Zwei Milliarden pro Jahr bedeuten, daß jeder Deutsche, ob Mann, Frau oder Kind, jährlich 30 Mark für diese Lasten zu zahlen hat.

Am schwersten getroffen auch von der neuen Regelung werden die breiten, konsumierenden Schichten der Bevölkerung, d. h. vor allem die Arbeitnehmerschaft, auf die besonders die verstärkten Lasten indirekter Steuern abgewälzt werden. Die Arbeiterschaft mag sich versehen, damit ihr nicht andere Schichten das Fell über die Ohren ziehen. Sie hat Mittel genug, um sich durchzusetzen und ihr Recht zu wahren. Wir brauchen nicht auf eine verstärkte Tätigkeit in den gewerkschaftlichen Organisationen hinzuweisen; es ist ja an sich bedauerlich, daß über eine solche Selbstverständlichkeit überhaupt noch gesprochen werden muß. Aber da sind ferner unsere Konsum- und Produktiv-

genossenschaften, die mit uns Schulter an Schulter stehen; da ist unsere Deutsche Volksbank, die gesammelte Kraft unserer Arbeiterfinanzen; da ist unser Versicherungskonzern; da ist unsere Tageszeitung „Der Deutsche“.

Alle diese Kräfte gilt es noch mobiler und für den Aufstieg der arbeitenden Schicht gefestigter zu machen. Wir als Metallarbeiter wollen unsern Teil mit dazu beitragen, daß unser Land und unser Volk baldmöglichst aus den Fesseln wirtschaftlicher Hörigkeit herausgelöst wird, die noch 10 Jahre nach dem Weltkrieg von den Siegerstaaten für eine lange Zeit abermals dem deutschen Volke auferlegt werden. G. W.

Um die Publizität der Wirtschaft

II.

In der Richtung des weiter auszubauenden Publizitätszwanges gehen auch die Bestrebungen der Berliner Privatbanken, um ihre Kundschaft besser orientieren zu können. Dadurch, daß der Reichsjustizminister vor kurzem eine tiefgreifende Umgestaltung des ganzen Aktienrechts in Aussicht stellte und sich gegen eine Teillösung aussprach, ist die Frage der Publizität der Aktiengesellschaft in ein akutes Stadium getreten.

Wenn man sich zur Zeit auch allgemein über die Reformnotwendigkeit einig ist, so klaffen die Ansichten über den zu beschreitenden Weg heftig gegeneinander. Die Gefahr einer Kompromißlösung liegt nahe, in der die Belange der Arbeitnehmerschaft zu kurz kommen. Die zuständigen Stellen seien schon jetzt auf die Gefahr aufmerksam gemacht.

Die Zusammenschlußbewegung zu Kartellen, Interessengemeinschaften, Syndikaten, Trusts oder sonstigen Großbetrieben — ein Charakteristikum unserer Wirtschaft in der Nachkriegszeit — hat ihr Ende noch nicht erreicht, eine Erscheinung, die Schmalenbach als Kennzeichen des Überganges von der freien zur gebundenen Wirtschaft charakterisiert. Wenn auch viele Gewerbe- und Klein- und Mittelbetriebe ihr wirtschaftliches Optimum, d. h. ihre wirtschaftlich beste Betriebsgröße finden — beispielsweise Reparaturwerkstätten —, so gibt es heute noch eine Reihe von Betriebszweigen, die sich zukünftig immer mehr zusammenschließen werden, so daß der Konsument auf vielen Produktionsgebieten in naher Zukunft de facto monopolartigen Betrieben gegenüberstehen wird. Daß ein monopolartiger Betrieb im Wirtschaftsleben gegenüber dem Konsumenten regelmäßig der Stärkere ist, zeigen die letzten Jahre offensichtlich. Wenn der moderne Kulturstaat seinen Aufgaben wirklich gerecht werden will, muß er für den Schutz der Schwächeren sorgen, um ihr Uebervorteilen der Konsumenten zu verhindern. Ein Reglementieren der Wirtschaft durch den Staat hat aber stets gewisse Nachteile zur Folge, da so komplizierte Organismen, wie die Wirtschaftsgebilde nun einmal sind, schlecht bürokratische Maßnahmen — Staatsmaßnahmen sind unvermeidbar stets bürokratisch — vertragen, wenn nicht nachteilige Folgen der Wirtschaftsentwicklung vermieden werden sollen. Die Nachkriegszeit hat ja genügend Beispiele hierfür gegeben.

Man nennt oft als ein Mittel gegen Ausbeutung der Konsumenten durch Monopolbetriebe die Sozialisierung. Diese Möglichkeit soll hier nicht weiter untersucht werden, denn eine praktische Durchführbarkeit dieser Theorie auf längere Zeit, ohne den normalen Gang in der Fortentwicklung der Technik, wie der gesamten Wirtschaft zu stören, ist bis heute nicht erwiesen. Solche Maßnahmen würden das Wirtschaftsleben vollständig umgestalten und auch alle soziologischen Verhältnisse auf eine andere Basis stellen. Sie hätten eine andere psychologische Einstellung des Menschen zum Mitmenschen zur Voraussetzung. Wenn nun direkte staatliche Eingriffe zum Schutze der Arbeitnehmer und damit der Konsumenten gegen die Uebermacht der Betriebe praktisch stets mit gewissen Nachteilen verbunden sind, so ist es notwendig, andere Mittel bereit zu halten, um einerseits den wirtschaftlich schwachen Konsumenten zu schützen, andererseits aber die kapitalistisch organisierte Wirtschaft vor direkten staatlichen Eingriffen zu bewahren. Ein solches Mittel ist gegeben in der weiteren Ausgestaltung der Publizitätspflicht der Gesellschaften. Sie könnte auch dazu dienen, für Lohnverhandlungen wichtige Unterlagen zu liefern, könnte weiter dazu beitragen, die Kluft zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern zu verengen, vielleicht zu überbrücken, sie könnte eben in beiden Lagern die Erkenntnis fördern, daß beide Kontrahenten im Grunde genommen die gleichen Ziele haben, daß beide zu einer Lebens- und Arbeitsgemeinschaft verbunden, aufeinander angewiesen sind.

Wie ist die Publizitätspflicht auszubauen?

Da die Betriebe der Bedürfnisbefriedigung dienen, und der Arbeitnehmer bei dem derzeitigen Wohlstand nur in der Lage ist, seine notwendigsten Bedürfnisse zu befriedigen, hat der Arbeitnehmer in erster Linie ein Interesse für die Betriebe, die Produkte herstellen, die er zum Leben braucht, die das Lebens- und Kulturniveau der Gesamtheit und nicht einzelner heben. Es liegt deshalb nahe, zu fordern, daß die Betriebe bei Neugründungen bzw. Umgründungen die Art ihrer Produktion genau fixieren und nicht wie bisher die Art des Betriebes ganz allgemein angeben. Es wäre dann möglich, wenn man nicht dazu übergehen will, das Konzeptionsystem



**Ob beim Scheine der Kerze oder des elektrischen Lichts
kein Tag sollte für unsere Kollegen ohne einen Strich zur Weiterbildung
vorübergehen.**

**Neben Fach- und Berufsfragen denkt vor allem an die gewerkschaftlichen
und sozialen Fragen.**

Welche Bücher sollt ihr dafür nehmen?

Die „Bücher der Arbeit“!

Prospekte durch den „Ego-Verlag“, Duisburg, Ausfeldstraße 15.

für gewisse Gesellschaftsformen einzuführen, doch die Betriebe, die lebensnotwendige Güter herstellen usw., steuerlich zu begünstigen und solche Betriebe, die Luxusgüter fabrizieren, besonders zu besteuern. Dies läme nicht nur bei der Gesellschaftsteuer in Frage, sondern auch bei einer neu zu gestaltenden Gewerbesteuer, gegen die in der bisherigen Form von allen Seiten Sturm gelaufen wird, wobei gewiß einigen im Kampf gebrauchten Waffen eine gewisse Berechtigung nicht abzuspüren ist.

Die Gewerbesteuer könnte so gestaltet werden, daß lebensnotwendige Betriebe zu Lasten anderer, Luxus- bzw. Genußmittel herstellende oder handelnde oder transportierende Güter gewerbesteuerfrei zu lassen wären. Es soll nicht verkannt werden, daß dies Ziel nicht leicht zu erreichen ist, da die Grenzen praktisch schwer zu ziehen sind. Aber andererseits ist die Differenzierung der Eisenbahngütertarife ähnlich gelagert und praktisch ohne Schwierigkeiten durchgeführt; ebenso bei der Umsatzsteuer (umsatzsteuerpflichtige und umsatzsteuerfreie Waren). Vereinfacht würde das Problem, wenn Produktions- und Leistungsbetriebe gewerbesteuerpflichtig, Handelsbetriebe umsatzsteuerpflichtig gemacht würden, da gerade die Vielgestaltigkeit eines Handelsbetriebes eine Scheidung in Betriebe, die lebensnotwendige Güter handeln, und solche, deren Handelsgüter Luxusgüter usw. sind, erschwert.

Es muß immer wieder hervorgehoben werden, daß durch solche Maßnahmen das Kapital dann automatisch viel mehr den lebenswichtigen Betrieben zufließen würde, so daß für die Allgemeinheit ein gar nicht abzusehender Vorteil heraussprängen würde. Eine dahingehende Arbeit ist gewiß wert, gefördert zu werden.

Für die Arbeitnehmerschaft noch viel wichtiger ist aber ein Ausbau der Publizitätspflichten zum Zwecke der Kontrolle und der Durchleuchtung der Betriebe. Die Maßnahmen, die notwendig sind, um solche Ziele praktisch durchführbar zu gestalten, sollen im folgenden näher ausgeführt werden.

Die Hauptpublizitätspflichten der Aktiengesellschaften nach bisherigem Recht sind, wie schon ausgeführt, die Veröffentlichung der jährlichen Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen mit einem Geschäftsbericht und die Berichterstattung in den Generalversammlungen. Wie es aber damit bestellt ist, darüber geben die Handelszeitungen tagtäglich Auf-

schluß. Die Gewinn- und Verlustrechnungen sind in der Regel so komprimiert, daß auch kein Sachmann viel damit anzufangen weiß. Die Publizitätsfeindlichkeit wird mit der alten Phrase der Konkurrenzgefahr begründet, obgleich das sonst auf vielen Gebieten maßgebend sein sollende Amerika die Publizitätscheu gar nicht kennt. Wie wenig Aktiengesellschaften veröffentlichen beispielsweise ihre Umsatzziffern oder die Gesamtkosten! Steuern und soziale Lasten werden

dagegen fast stets in gesonderten Positionen veröffentlicht. Daß den Handelszeitungen geradezu falsche Informationen, beispielsweise bei Fusionen, Kapitalehöhungen usw., gegeben werden, haben noch einige Beispiele gerade in der letzten Zeit gezeigt. Die Redakteure wissen ein Lied davon zu singen. Es besteht eben noch immer der alte Herrenstandpunkt, daß kein anderer in das eigene Unternehmen hineinreden habe. Die Unternehmerschaft ist sich eben in weitem Umfange ihrer volkswirtschaftlichen Pflichten nicht bewußt.

Was muß nun auf diesem wichtigen Gebiete der Publizität vom Gesetzgeber verlangt werden, um den lebensnotwendigen Belangen der Arbeitnehmerschaft gerecht zu werden?

Zur Beantwortung dieser Frage sei eine kleine Bemerkung gestattet.

Die verschiedenen Zweige des kaufmännischen Rechnungswesens verbinden mit ihrer Sonderaufgabe den Zweck, einen Einblick in das Geschehen der Betriebe, in das Auf und Ab der komplizierten Wirtschaftsvorgänge der Einzelorganismen,

also in die Einzelbetriebe, in die Unternehmungen unserer kapitalistischen Wirtschaft zu geben. Sie sollen ein Meßwerkzeug sein, um das Betriebsgebaren auf seine Wirtschaftlichkeit hin zu prüfen, um zu zeigen, welcher Betriebsteil gut gearbeitet hat, welcher Betriebsteil nicht mehr existenzberechtigt ist, wo die Verbesserungen in der Betriebsführung einsehen müssen, wo der Betrieb umgestaltet werden muß, welche Produkte der Betrieb vorteilhaft herstellen kann, welche Produkte wirtschaftlicher von anderen Betrieben zu beziehen sind.

Um solche Fragen beantworten zu können, ist eine gut aufgezugene Kalkulation notwendig. Sie muß für diesen Zweck für einzelne Abteilungen gesondert aufgemacht werden (Abteilungskalkulation), mit Wertansätzen arbeiten, die eine Beurteilung der Wirtschaftlichkeit zulassen (Verrechnungspreise).

(Schluß folgt.)

Sch. K.



Wald im Sommer

Der Doppeltkampf gegen die Gewerkschaften

Es ist eine seltsame Erscheinung, daß genau zu der gleichen Zeit, wo das Unternehmertum und davon beeinflusst eine gewisse Presse und auch politische Parteien einen mehr oder weniger offenen Kampf gegen die Gewerkschaften führen, wo man der deutschen Sozialversicherung den Boden unter den Füßen wegzuziehen versucht, wo das Unternehmertum durch gewaltige Industriequerverbindungen zu Schlägen

gegen die Gewerkschaften rüstet, daß ausgerechnet zu genau der gleichen Zeit die Kommunisten verdoppelte Anstrengungen machen, um die Gewerkschaften von innen heraus auszuhöhlen. Diese gemeinsame Strategie gegen die Gewerkschaften könnte auf eine einheitliche Leitung der ganzen Aktion schließen lassen, deren Führung jedoch sicherlich nicht bei den Kommunisten, sondern auf der anderen Seite liegen würde.

Eine ganze Anzahl Gründe sprechen dafür, daß auf irgendwelche Art und Weise die Arbeiterrechte den Unternehmern in die Hände gespielt werden sollen. Man wird den Gedanken nicht los, wenn man sich das Leben im Betriebe ansieht, daß der Kommunismus zugunsten des Unternehmertums die Arbeiterrechte preisgeben will, ja sich geradezu danach drängt, die Stellung der Arbeiterschaft im Betrieb zu unterminieren.

Als Auftakt zu den Betriebsratswahlen hatten bekanntlich die Kommunisten Aufforderungen an die Unorganisierten ergehen lassen, dem kommunistischen Radikalismus die Stimme zu geben, statt den „arbeiterverräterischen“ Gewerkschaften. Dem Unternehmertum kam natürlich diese Aktion äußerst gelegen, denn es ist sich längst im klaren darüber, daß Kommunismus und Unorganisierte der größte Aktiopothen sind, den der Kapitalismus aufzuweisen hat. Im großen ganzen gesehen, hat sich diese Aktion der Kommunisten mit den Unorganisierten als ein Fehlschlag erwiesen; selbst wenn die Unorganisierten zu gleichgültig sind, um sich den gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen, so betrachtet dennoch die weitaus größte Zahl der Unorganisierten die Gewerkschaften als ihre berufenen Vertreter. Das mußte selbst Herr Raabe von der Nordwestgruppe auf der letzten Tagung der Eisenhüttenleute eingestehen.

Nachdem also diese „Aktion“ gar nicht in genügendem Maße gelungen war, versucht man es mit derjenigen Organisation, die bis jetzt am wenigsten Rückgrat gegen die radikalen Strömungen gezeigt hat, nämlich mit dem sozialistischen Metallarbeiterverband. Dieser Verband ist bis 1921 ein Tummelplatz des Radikalismus gewesen. Es braucht in diesem Zusammenhang nur an die Tätigkeit des „Leichenmüller“ bei der Leitung des DMD. erinnert zu werden. Oder man braucht nur unsere engere Heimat, Remscheid, Solingen, Delbert zu nennen, wo in geradezu arbeiterschädigender Weise im DMD. „geschafft“ wird. Daß hinsichtlich der Lohngestaltung usw. die Metallarbeiterschaft zurückgeblieben ist, dürfte zum guten Teil darauf zurückzuführen sein, daß in diesen Gegenden bei der „größten Gewerkschaft der Welt“ man zwar viel in Radikalismus, aber verheerend wenig in praktischer Arbeiterinteressenvertretung machte.

So haben sich jetzt in Berlin die bis dahin im sozialistischen Metallarbeiterverband organisierten Rohrleger „selbständig“ gemacht. Die alten Gewerkschaftler kennen noch aus der Vorkriegszeit den Wiesenthalischen Verband der Rohrleger und verwandter Berufe, der dem DMD. viel Schmerzen verursachte, den er aber doch aufschluckte. Heute hat die gleiche Branche unter kommunistischer Leitung dem DMD. den Kampf angesagt und ist aus dem DMD. ausgetreten. Der Kommunismus hat sich hier eines an sich guten Branchengefühls be-

mächtigt, es zum Extrem aufgetrieben und dann die Zersplitterung geschaffen. Der „Erfolg“ der Rohrleger hat die Berliner Eisen- und Revolverdreher nicht schlafen lassen. Auch hier scheint der Kommunismus ein gutes Betätigungsfeld gefunden zu haben, so daß man gespannt sein darf, wie sich die Zersplitterungserscheinungen weiter auswirken werden. Nach den letzten Meldungen scheinen auch im sozialistischen Tabakarbeiterverband Berlin die Kommunisten ihre Spaltungsarbeit erfolgreich aufgenommen zu haben.

Wir als christliche Gewerkschaftler haben alle Veranlassung, diese Vorgänge genau zu verfolgen. So betrüblich diese Erscheinungen an sich sind, so muß doch gesagt werden, daß die Geister, die man gerufen hat, sich gegen die eigenen Führer wenden. Daß die Kommunisten das gleiche Spiel auch bei uns versuchen werden, haben sie schon mehr als einmal angekündigt. Aber sie haben es bis jetzt noch nicht gewagt, weil sie wohl wissen, daß unsere Kollegen nicht so lange mit ihnen fadeln werden, wie das in den sozialistischen Verbänden geschieht.

Eine neue Taktik der Kommunisten scheint nun in den Betrieben einzusetzen. Wohl auf allerhöchste Welsung von Moskau versuchen sie jetzt die Kollegen in den Betrieben gegen die Tariftreue einzunehmen oder mit anderen Worten, sie zum Tarifbruch zu verleiten. Als Gewerkschaftler weiß man, welche schwerwiegenden Folgen sich für eine tarifbrüchige Arbeiterschaft ergeben können. Nun, vielleicht haben gewisse Unternehmer sich ein Interesse an einer solchen Handlungsweise, und die Kommunisten leisten die Handlangerdienste dabei.

Auf der gleichen Linie liegt die Propagierung der Forderung, unter Ausschaltung der Gewerkschaften die Verhandlungen mit den Unternehmern zu führen. Die Gewerkschaften sollen dabei beiseite gedrängt und den „Kampfausschüssen“ das alleinige Recht anerkannt werden, Abschlüsse mit den Unternehmern zu treffen. Liegt das nicht genau auf der Linie der gelben Werkvereine? Versuchen die Kommunisten etwa, auf diese Art den gelben Werkvereinsgedanken zu stärken, zumal viele ja doch wahrscheinlich noch gut in Erinnerung haben, daß sie einstmal stramme gelbe Werkvereiner waren und die Werkvereine vielleicht noch als guten Unterschlupf für die Zukunft betrachten?

Die Situation ist ohne Zweifel ernst und das Unternehmertum freut sich, daß gerade Teile der Arbeiterschaft ihm die Arbeit gegen die Arbeiterschaft wesentlich erleichtern helfen. Gegen ein solches Vorgehen hilft nur eine unermüdliche Arbeit in den Gewerkschaften, aber auch eine stete Aufklärung unter unseren irreführten Arbeitskollegen.

Vertrauensmann G. Wahlen.

Um die Lohnhöhe in der Metallindustrie

 Das Statistische Reichsamt hat nach der Textil-, Holz- und Chemischen Industrie als vierten Gewerbebezirk die Metallindustrie in bezug auf die Lohnhöhe und die Arbeitszeit untersucht. Die Erhebung fand im Oktober vorigen Jahres statt und ist, so schreibt unsere Tageszeitung „Der Deutsche“, Nr. 141, so umfangreich, daß vorerst nur Teilergebnisse für Berlin vorgelegt werden können. Gegenüber den bisher vorliegenden Statistiken ist aber gerade das jetzt veröffentlichte Material von besonderem Interesse, da die Ergebnisse weit schlechtere Verhältnisse als in jenen anderen Gewerbebezirken zeigen.

Erfasst wurden nahezu ein Drittel (über 81 000) der in Berlin beschäftigten Metallarbeiter. Davon waren 76 Prozent in der elektrotechnischen Industrie, 12,8 Prozent bei dem Maschinen-, Kessel- und Apparatebau, sowie 11,2 Prozent in den sonstigen Zweigen der metallverarbeitenden Industrie tätig. Die Mehrzahl der Arbeiter stand im Stücklohn (65 Prozent), wobei es sich hauptsächlich um Sacharbeiter (27,7

Prozent), weibliche Arbeiter (21,9 Prozent) und angeleitete Arbeiter (10,1 Prozent) handelte. Lediglich von den ungeleiteten Arbeitern entfällt eine größere Anzahl (12,7 Prozent) auf den Zeitlohn. Wir haben also bei den Ergebnissen wohl zu beachten, daß besonders die Tatsachen, die sich für den Stücklohn ergeben, für einen größeren Personenkreis maßgebend sind.

Der wichtigste Betrachtungspunkt für die Lohnstatistik ist der Vergleich der tatsächlichen Durchschnittsverdienste mit den Tarifgehältern. Aus ihr wird das Ausmaß eventueller Zulagen ersichtlich. In Berlin überschritten die durchschnittlichen Stundenverdienste im Oktober 1928 die Tariflohnsätze wie folgt:

	im Zeitlohn	im Stücklohn
für Sacharbeiter über 21 Jahre	um 11,6 v. H.	7,8 v. H.
„ angeleitete Arbeiter über 21 Jahre	„ 4,7 „	7,8 „
„ Hilfsarbeiter über 21 Jahre	„ 2,3 „	3,3 „
„ weibliche Arbeiter über 18 Jahre	„ 3,3 „	—

17 749 Arbeiterinnen im Stücklohn blieben um 0,5 Prozent hinter den tarifmäßigen Akkordrichtsätzen zurück. Wie das

Statistische Reichsamt hierzu bemerkt, gilt der Akkordrichts-
sah nur bei durchschnittlicher Leistung unter normalen Be-
dingungen und stellt somit keinen Mindestlohn dar. Diese
Tatsache spiegelt sich denn auch in den Ziffern wider, wäh-
rend, wie die kleine Tabelle zeigt, in den übrigen Gruppen
Überschreitungen des Tariflohnes um 2,3 bis 11,6 Prozent
üblich sind. Wenn diese auch nicht das z. B. früher in der
chemischen Industrie festgestellte Ausmaß erreichen, so be-
weisen sie doch, daß der verbindlich erklärte Schiedspruch
in der Berliner Metallindustrie vom 22. April d. J., der
Erhöhungen von 4,7 bis 5,7 Prozent vorsah, zumindestens
für die Facharbeiter und die Angelernten ohne weiteres trag-
bar war. Besonders hohe Tariflohnüberschreitungen lagen da
vor, wo hochqualifizierte Facharbeit verlangt wird. So z. B.
in der Feinmechanik und Optik, beim Bau von Fahrzeugen
und bei der Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren.
Diese Tatsache entspricht durchaus einem gesunden Leistungs-
prinzip.

Das Statistische Reichsamt hat auch diesmal wieder einen
Vergleich mit der Vorkriegszeit versucht, obschon jedwede Er-
hebungen aus jener Zeit fehlen. Durch Umfrage und allerlei
rechnerische Hilfsmittel ist es gelungen, festzustellen, daß die
Stundenverdienste im Zeitlohn auf 159 bis 172 Prozent und
im Stücklohn auf 149 bis 156 Prozent gestiegen sind. Die
Steigerung der Wochenverdienste ist unter Berücksichtigung
der Änderungen der Arbeitszeit seit 1913/14 erheblich ge-
ringer, denn sie beträgt nur 147 bis 159 Prozent im Zeitlohn
und 136 bis 151 Prozent im Stücklohn. Wenn man von
ihnen aus einen Vergleich mit der Vorkriegszeit mit Hilfe
des Lebenshaltungsindex unternimmt, ergibt sich folgendes
Ergebnis, bei dem auch die Lohnsteuer und die Versicherungs-
beiträge in Abzug gebracht worden sind:

	in Prozent der Vorkriegswochenverdienste	
	im Zeitlohn	im Stücklohn
Facharbeiter	94	85
Angelernte Arbeiter	96	86
Hilfsarbeiter	91	84
Weibliche Arbeiter	99	94

Wenn sich auch durch die genannte Tarifierhöhung in-
zwischen manches geändert hat, so zeigt doch diese Berechnung
deutlich, daß eben im Gegensatz zu den Behauptungen von
Arbeitgeberseite die Vorkriegsrealeinkommen noch nicht wie-
der erreicht worden sind. Dazu kommt noch, daß der Index
an sich ein fragwürdiger Maßstab ist, da er wahrscheinlich die
Teuerung nicht stark genug erkennen läßt.

Eine gewisse Rolle spielt dabei auch die Tatsache, daß die
Stücklohnarbeiter die regelmäßige tarifliche Wochenarbeits-
zeit von 48 Stunden durchschnittlich um 1,1 Stunde un-
-

Unsere neue Erzählung

Mit dieser Nummer geht der Roman „Lothar und das Goldes“
von Jack London zu Ende. Wir verfolgten den Aufstieg eines Willens-
menschen, der aus den Schnee- und Eiswüsten von Klondike in die kapu-
talistische Welt hineinwandert, Geldmagnat und Despot wird, aber sich
doch endlich wieder zu sich selbst zurückfindet. Ein lebenssprühendes Bild
modernen Ringens war dieser Roman.

Von Klondike und Frisko führt uns die nächste Erzählung nach der
Schweiz in das Städtchen Seldwyla. Gottfried Keller, dessen
Geschichte: „Das Fähnlein der sieben Aufrechten“ wir im vergangenen
Jahre veröffentlichten, hat auch unsere neue Erzählung:

„Frau Regel Amrain und ihr Jüngster“



geschrieben. Sie ist wohl eine der feinsten und tiefsten Erziehungs-
geschichten, welche die deutsche Sprache aufzuweisen hat. Wir sind der
Überzeugung, daß gerade die Frauen unserer Kollegen manches Gute
daraus entnehmen werden.

schrritten. Durch Berechnungen hat das Statistische Reichsamt
weiterhin ermittelt, daß die Wochenarbeitszeit seit 1913/14
durchschnittlich um 5³/₁₆ Stunden oder 7,5 Prozent verkürzt
worden ist. Aus den in der Zeitschrift „Wirtschaft und Sta-
tistik“ veröffentlichten Tafeln, welche die Verteilung der Ar-
beiter auf Lohnklassen und Arbeitszeitstufen darstellen, ist
eine bemerkenswert geringe Streuung der Wochenverdienste
zu ersehen. Abweichungen von der Befehung der Lohnklassen
lassen sich in der Regel aus der verschiedenen Arbeitszeit
erklären. Es scheint demnach, daß in der Berliner Metall-
industrie eine mehr individuelle, nach Leistungen abgestufte
Entlohnung im allgemeinen nicht üblich ist. D. D.

Die Labour Party und der Sozialismus

Die englischen Wahlen haben bekanntlich der englische Arbeiter-
partei die Mehrheit gebracht. Ihr Führer Ramsay MacDonald ist
in der europäischen Politik kein Unbekannter. Wenn wir als
Deutsche uns hüten sollten, nach dem Ausfall dieser Wahlen unsere
Hoffnungen allzu sehr zu steigern, so darf man doch mit Recht ge-
spannt sein, welchen Kurs MacDonald einschlagen wird. Ueber die
Labour Party herrschen auf dem Kontinent sehr widersprechende
Ansichten. Die deutschen Sozialisten tun so, als ob die Labour-
Partei in England etwas Ähnliches sei wie die sozialistische Partei
in Deutschland. Das Gegenteil ist der Fall. Die Labour Party ist
grundsätzlich ganz anders fundamntiert als die deutsche sozialistische
Partei und gleicht ihrem Charakter nach einer christlichen Partei.
Der nachfolgende Artikel unterrichtet eingehend darüber.



Die englische Labour Party kann ihren zweiten
großen Wahlsieg buchen. Noch immer gibt es
in Deutschland eine Menge Leute, welche diese
englische Arbeiterpartei als eine sozialistische
Partei ansehen, obwohl sie himmelweit von dem
kontinentalen Sozialismus verschieden ist. Aber trotzdem
wird der Wahlsieg der Labour Party hier und da als ein sozia-

listischer Sieg vorgestellt, was er ganz und gar nicht ist, so
schreibt mit Recht P. A. Blomjous in der „K. D.“ Nr. 415.

In ihrem jüngsten politischen Programm nahm die Labour
Party u. a. folgende Programmpunkte auf in bezug auf die
auswärtigen Angelegenheiten, die für uns besonderes Inter-
esse haben: 1. Verzicht auf den Krieg, als Mittel nationaler
Politik — Internationaler Übereinkünfte und Verhandlung-
gen durch den Völkerbund. 2. Kampf der allgemeinen Wehr-
pflicht — Internationale Übereinkunft in Sachen der Ab-
rüstung — Polizeibeer. 3. Verpflichtete Arbitrage — Inter-
nationale Streitigkeiten vor dem Haager Gerichtshof — Un-
terzeichnung des Genfer Protokolls (1924). 4. Keine Ver-
träge militärischer Art, wie Frankreich sie vorgeschlagen hat.
5. Zurückziehung der englischen Besatzungstruppen aus dem
Rheinland. 6. Internationale Zusammenarbeit auf wirt-
schaftlichem Gebiet mittels des Internationalen Arbeitsamtes
in Genf. 7. Oeffentlichkeit der auswärtigen Diplomatie. 8.
Wiederherstellung der diplomatischen und Handelsbeziehungen
mit der russischen Regierung.



Der junge christlich organisierte Metallarbeiter wandert, um sich beruflich weiter auszubilden und die Welt kennen zu lernen! Wie leicht hat er es heute!

Der arme Handwerksgefelle früherer Zeiten wußte oft nicht mehr, wo aus und ein!

Unser organisierter Metallarbeiterkollege hat die gute Wander-Unterstützung unseres Verbandes, die ihn über die Not hinweghilft.

Dies klingt alles wunderschön, die Worte haben wir, jetzt wollen wir die Taten abwarten. Allein etwas spezifisch „Sozialistisches“ bieten diese Punkte nicht, außer vielleicht Nr. 8.

Auch in den übrigen Programmpunkten bzgl. der inländischen Politik findet sich nicht ein Punkt, der nicht von jedem demokratisch gerichteten Politiker unterschrieben werden könnte — zu welcher Weltanschauung er sich sonst bekennt. Denn auch der Programmartikel: „Der Großgrundbesitz muß einer Gemeinschaft übertragen werden und der Erwerb kleinerer Bodenstücke muß leichter gemacht werden,“ wie auch der Artikel: „Die Einkommensteuer soll progressiv gemacht werden,“ enthalten Dinge, die in anderen Ländern von anerkannt nichtsozialistischen Parteien schon längst ganz oder wenigstens zum Teil verwirklicht wurden. Auch die Forderung, daß große, gemeinnützige Betriebe, wie das Transportwesen, die Kohlenzechen und Lebensversicherungen verstaatlicht werden oder unter staatliche Verwaltung kommen, findet sich auch wohl in nichtsozialistischen Programmen. Daß gerade die Arbeitslosenfürsorge so stark betont wird, ist leicht erklärlich, auch weil das Kabinett Baldwin die größte Unzufriedenheit erweckt hat, indem es fast nichts versucht hat, das auch in England dringende Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen.

Ebensowenig wie ihr Arbeitsprogramm im großen ganzen etwas spezifisch Sozialistisches behält, hat die Labour Party sich als Partei je sozialistisch angeben. Kardinal Bourne sagte in einer großen Arbeiterversammlung in London im Januar d. J. u. a. folgendes: „Sie sollen sich fest vornehmen, sich niemals an zwei falsche Grundsätze zu binden, welche fortwährend von den Sozialisten im Ausland (socialists abroad), aber — glücklich, sage ich — nur sehr selten von Mitgliedern der Labour Party vertreten werden. Einer dieser Grundsätze ist die Verneinung des Rechtes auf privaten, persönlichen Besitz, das ein Naturrecht ist. Der Staat darf den Gebrauch des privaten Eigentums umschreiben, in gewissem Sinne beschränken, allein es bleibt gegen das Naturrecht, das Recht auf privaten Besitz zu leugnen. Zweitens: Sie sollen sich kräftig widersetzen gegen alles, was Klassenkampf ist. Denken Sie daran, daß der Klassenkampf von Gott verboten ist, der uns befohlen hat, „den Nächsten wie uns selber zu lieben“. Und noch weiter sagte der Kardinal: „Wenn jemand in unserem Lande behauptet, daß er Sozialist ist, dann meint er dieses nur selten im Sinne des kontinentalen Sozialismus. Wäre die Labour Party sozialistisch im kontinentalen Sinne, dann dürfte kein Katholik Mitglied dieser Partei sein.“

Unter den Kandidaten der Labour Party befanden sich u. a. zehn anglikanische Geistliche, von denen einer gewählt wurde, und nicht weniger als ein und zwanzig praktische Katholiken. Unter diesen war auch der wiedergewählte John Weathley, Wohlfahrtsminister im ersten Kabinett Macdonald. Und dieser feurige „Glydesider“ ist ein streng praktischer Katholik, der nie seine Sonntagspflicht versäumt, wie auch Macdonald selber treu seinen evangelischen Tempel besucht.

Wenn also die Labour Party gar keine sozialistische Partei im Sinne des festländischen Sozialismus ist, so ist sie, ebensowenig wie die sozialistischen Parteien auf dem Kontinent es gegenwärtig noch sind, eine reine Arbeiterpartei, was de facto auch die progressiv Labour Party in Australien nicht mehr ist. Und wie steht die Labour Party zur Regierung? Hier sei erinnert an eine Rede des englischen Sozialistenführers J. S. Thomas, Lordgeheimsigelbewahrer und Chef der vereinigten wirtschaftspolitischen Ressorts im neuen Kabinett Macdonald, die eines unverfälschten Imperialisten würdiger gewesen wäre, als eines „Sozialisten“. Diese Worte wurden gesprochen im Januar 1924, fünf Tage nach dem Auftreten des ersten Kabinetts Macdonald bei Gelegenheit des offiziellen Festessens am „Australientag“. Als erster Redner führte der Prinz von Wales das Wort, ihm folgte Thomas, damals Minister für die Dominien. Er fing an mit einem Hinweis auf die „unblutige Revolution“, die sich in England in den letzten Monaten vollzogen hatte und die vielen Furcht eingesagt hatte. Dann fuhr er fort: „Am wenigsten aber von allen waren durch die Regierungswechselung der Prinz von Wales und sein durchlauchter und ausgezeichnete Vater, der König, beunruhigt. Denn diese wissen, daß Vaterlandsliebe, die Liebe und die Pflicht, dem Reiche zu dienen, nicht die Gabe oder das Monopol sind einer einzigen Klasse oder einer einzigen Religion. Darum bedeutet diese große Veränderung nur dieses allein, daß unser altes Land und unser altes Reich immer auf dem gleichen Wege weiter schreitet.“ Thomas beschloß: „Ich habe das Ministerium angenommen mit Stolz und mit Dankbarkeit. Mit Stolz, weil ich zurücksehen kann auf eine Zeit, wo ich ein Laufbursche von neun Jahren war, — und mit Dankbarkeit für die Verfassung, die es dem Lokomotivpuffer von gestern ermöglicht, heute Minister zu sein. Diese Verfassung, so breit, so weit, so demokratisch, muß behalten bleiben und das Reich, das sie besitzt, muß aufrecht erhalten werden.“

Kun, alles das gleicht so wenig der deutschen sozialistischen Partei und dem deutschen Sozialismus, wie ein Ei einer Feder. Die Labour Party ist im Grunde eine christliche Partei.
P. A. Blomjous.

Bezirkskonferenz des 1. Bezirks zu Krefeld

In der bekannten Samt- und Seidenstadt Krefeld hielt am 9. Juni in dem im herrlichen Stadtwald gelegenen städtischen Saalbau unser 1. Bezirk seine diesjährige Bezirkskonferenz ab. Bezirksleiter Kollege Burgard konnte über 250 Delegierte begrüßen. Sein besonderer Gruß galt unserem verehrten Zentralvorsitzenden, Kollegen Franz Wieber, der

trotz seines geschwächten Gesundheitszustandes es sich nicht nehmen ließ, der Tagung beizuwohnen. Von der Hauptleitung des Verbandes waren außerdem erschienen Verbandssekretär Kollege Mauer und Verbandsredakteur Kollege Georg Wieber.

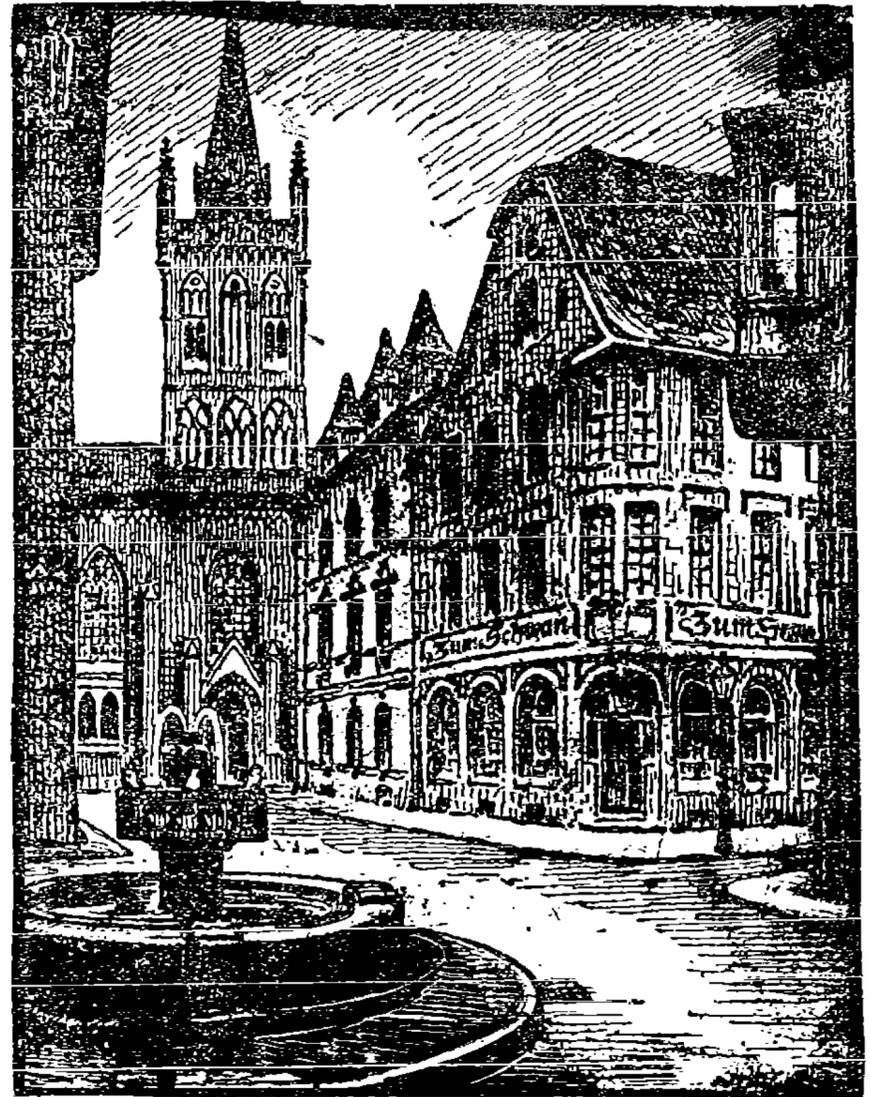
Die Bezirkskonferenz wurde würdig eingeleitet durch ein paar prächtige Lieder des Gesangchores Arbeiterverein

St. Johann, Krefeld, unter mustergültiger Leitung seines Dirigenten Herrn Musikdirektors Weenen.

Bezirksleiter Kollege Burgarth erstattete den Geschäftsbericht, in welchem er zunächst die wirtschaftliche und soziale Lage scharf beleuchtete. Die Konjunktur zeigte kein allzufreundliches Gesicht. Die Zahl der Arbeitslosen betrug Ende des Jahres rund 1 700 000, so daß zeitweise die Zahl des Krisenjahres 1926 überschritten wurde. Damit soll allerdings nicht gesagt werden, daß eine Produktionsminderung eingetreten ist. Die Erzeugung der deutschen Walzwerke betrug 1928 insgesamt 11 563 000 Tonnen und 1927 insgesamt 12 867 000 Tonnen. Die durchschnittliche arbeitstägliche Leistung betrug 1928 insgesamt 37,8 Tonnen und 1927 insgesamt 42 Tonnen. Bei Beurteilung dieser Zahlen dürfen wir nicht außer acht lassen den Ausfall des Monats November, welcher durch die Aussperrung eingetreten ist. Die durchschnittliche Monatsleistung betrug 1927 insgesamt 1 072 000 Tonnen, 1928 insgesamt 1 051 000 Tonnen, so daß monatlich nur eine Mindererzeugung von 21 000 Tonnen zu verzeichnen war. Aus diesen Zahlen ist zu ersehen, daß, soweit die Produktion in Frage kommt, das Jahr 1928 nicht nennenswert schlechter abschloß als 1927, trotz der Aussperrung. Hier zeigt sich eine große Gefahrenquelle für die Gewerkschaften, indem bei schlechtem Geschäftsgang die Ueberproduktion durch Aussperrung oder Stilllegung der Betriebe von den Unternehmern abgedrosselt wird. Die Unternehmer erkennen diese Situation ganz klar, denn Herr Raabe hat gelegentlich des Eisenhüttenfestes in Düsseldorf in seinem Vortrage ausdrücklich darauf hingewiesen, daß im nächsten Jahre höchstwahrscheinlich wieder mit einem Kampfe zu rechnen sei. Er schlage große Kampfgebiete mit kurzer Kampfdauer vor. Dieses Ziel ist bereits klar erkennlich, weil der Ablaufstermin des Lohntarifes für den Bergbau mit dem der Großeisenindustrie zusammenfällt. Diese Meinung entspricht genau der Taktik der Kommunisten, welche auch möglichst auf breiter Front die Wirtschaftskämpfe führen möchten. Ob die Herren von Nordwest bewußt den Kommunisten in die Hand arbeiten wollen, soll ihre Sache sein. Hoffentlich kommt die Ernüchterung nicht, wenn es zu spät ist. Die offene Sprache des Herrn Raabe dürfte für unsere Organisation beachtlich sein, ganz besonders aber die Mittel, welche angewandt werden sollen, und zwar „Aufklärung der Arbeitnehmer und der Öffentlichkeit, also intensive Pressebearbeitung“. Die schwache Seite der Arbeiter haben die Unternehmer erkannt, denn die Presse steht heute schon zum übergroßen Teil unter dem Einfluß der Großeisenindustrie und muß daher leider gefügig sein, wie die „Deutsche Bergwerkszeitung“ dies täglich beweist. Hier gilt es für die Arbeiterschaft, Wandel zu schaffen.

Kollege Burgarth setzte sich dann in längeren Ausführungen mit den Darlegungen Dr. Reicherts in „Stahl und Eisen“ auseinander. Wir möchten an dieser Stelle nochmals auf den Artikel aufmerksam machen „Der Lohnanteil in der Schwereisenindustrie“, der in nächster Nummer unseres Organs erscheint, in welchem Burgarth ausführlich Stellung zu diesen Gesamtfragen nehmen wird. Burgarth streifte dann das Problem der Rationalisierung und machte auf den Gefahrenpunkt aufmerksam, daß der Maschinenlohn heute ein Produkt nicht mehr verbillige, sondern infolge der teuren Anschaffungs-, Unterhaltungs- und Erneuerungskosten verteuert. Als Extrakt seiner übersichtlichen Darlegungen über den Eisenkonflikt erhob er nochmals unsere bekannten Forderungen zur Reform des Schlichtungswesens.

Sichtlich der Verbandslage im Bezirk legte Burgarth eingehende Zahlen vor, deren bemerkenswerteste die Steigerung der Mitgliederzahl um 6000 im Bezirk im Berichtsjahr war. Zum Schluß seiner Darlegungen dankte Kollege Burgarth vor allem den wackeren Vertrauensleuten für ihr zähes und unermüdliches Arbeiten. Mit starkem Beifall nahm die Bezirkskonferenz die Darlegungen entgegen.



Krefeld - Am Schwanenmarkt

Nach dem Mittagessen wurde in die Diskussion eingetreten. Elf Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis sprachen eingehend über die Lage im Bezirk und die Möglichkeiten zu weiterer Werbearbeit. Es sprach aus allen ein frisches Vorwärtswollen, das der Diskussion eine bemerkenswerte Farbe verlieh.

Das Schlußwort sprach unter lautloser Aufmerksamkeit der Delegierten unser ergrauter Führer Franz Wieber. Aus dem reichen Schatz seiner Erfahrungen und seines Wissens zeigte er den Kollegen, unter welchen ungeheuren Mühseligkeiten die Pioniere der Bewegung den Boden für den gewerkschaftlichen Gedanken vorbereitet hatten und in welchen oft entwürdigenden Verhältnissen die Arbeiter vor vierzig und fünfzig Jahren zu leben gezwungen waren. Diese Aufstiegsarbeit sei nicht durch Radikalismus, sondern durch zähe Reformarbeit erreicht worden. Wenn der Radikalismus die Menschheit glücklich mache, dann wäre sie schon längst glücklich. Scharfe Worte fand er gegen jene Kreise, die den sozialen Gedanken untergraben und das Recht der Arbeiterschaft mindern wolle. Aber wenn heute die Gefahr der Schwächung der sozialen Interessen bestehe, dann trage leider daran die Arbeiterschaft selbst die größte Schuld. Die Kraft der Arbeiterschaft wird nicht gemessen an der Zahl der Arbeiter an sich, sondern nur an der Zahl der organisierten Arbeiter. Darauf gelte es das ganze Augenmerk zu richten. Vor allem ging der Appell „unseres Alten“ dahin, die finanzielle Kraft zu stärken, besonders auch durch Eingruppierung in die richtige Beitragsklasse. Sein letztes Wort galt der Jugend, Treue und Festigkeit dem Verbands gegenüber zu bewahren. Sie sei dereinst berufen, die Fahne des Christlichen Metallarbeiterverbandes zu führen. Darauf müsse sie sich vorbereiten durch ernste Arbeit, durch Pflichttreue und Opferwilligkeit.

Stärkster Beifall zeigte, wie sehr Kollege Wieber allen aus dem Herzen gesprochen hatte.

Die trefflich verlaufene Bezirkskonferenz wurde geschlossen mit einem Hoch auf unsern Verband und seinen ersten Führer.

Wbr.

Generalversammlung der christlichen Metallarbeiter Hollands



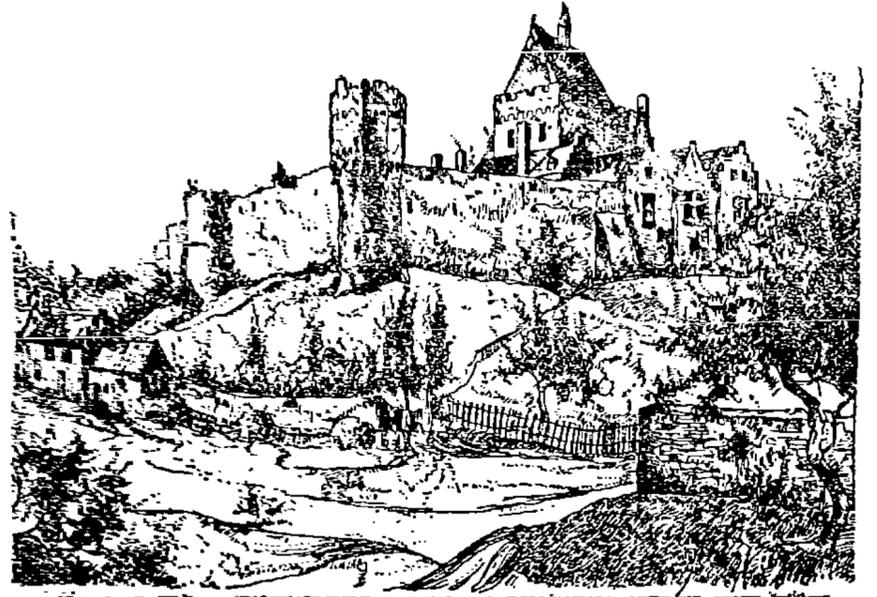
Zu Aymwegen, der alten Pfalz Karls des Großen, hielt am 27. und 28. Mai der „Christliche Metallbewerkerbond in Nederland“ seine Generalversammlung ab, die von über 100 Delegierten besetzt war. Als Vertreter unseres Verbandes nahmen die Kollegen Mauer und Dubey von der Zentrale daran teil. Holland hat bekanntlich seine gewerkschaftlichen Organisationen, der Tendenz des Landes entsprechend, konfessionell aufgebaut, so daß ein katholischer und ein evangelischer (christlicher) Metallarbeiterverband dort bestehen, die aber in einem sehr engen Kartellverhältnis zueinander sich befinden.

Der Christliche Metallbewerkerbond hat in den letzten Jahren eine sehr gute Entwicklung genommen, so daß er von seinem Höchststand im Jahre 1920 mit 8000 Mitgliedern nicht mehr weit entfernt ist, eine für das metallindustriell ärmere Holland beträchtliche Zahl.

Die Tagesordnung war reichhaltig. Nach dem eingehenden Geschäftsbericht des Vorsitzenden, Kollegen Elkerbout, der ganz besonders unseres alten Franz Wieber gedachte, setzte eine eingehende Diskussion ein über den Geschäftsbericht sowie über die Beratung der Verbandsstatuten, die bei aller Lebhaftigkeit, ja Leidenschaftlichkeit, die man den sonst ruhigen Holländern kaum anmerken sollte, dennoch ein Muster an Präzision und Knappheit war.

Interessant war die Beratung vorliegender Anträge einiger Ortsgruppen auf Einführung von Unterstützungseinrichtungen des Verbandes, die dadurch ihre Friedigung fanden, daß man dem Verbandssekretär überwältigend darin zustimmte, man wolle wirtschaftliche Interessensvertretung blei-

ben und nicht Unterstützungsverein werden. Dieser „Secretaris Penningmeester“, zu deutsch Hauptkassierer, Kollege Grotenhuis hat, wie alle seine „Kollegas Penningmeesters“ im In- und Auslande, nicht immer einen leichten



Der Dalkhof in Aymwegen

Stand. Aber auch Schwierigkeiten werden mit unerschütterlicher Ruhe gemeistert.

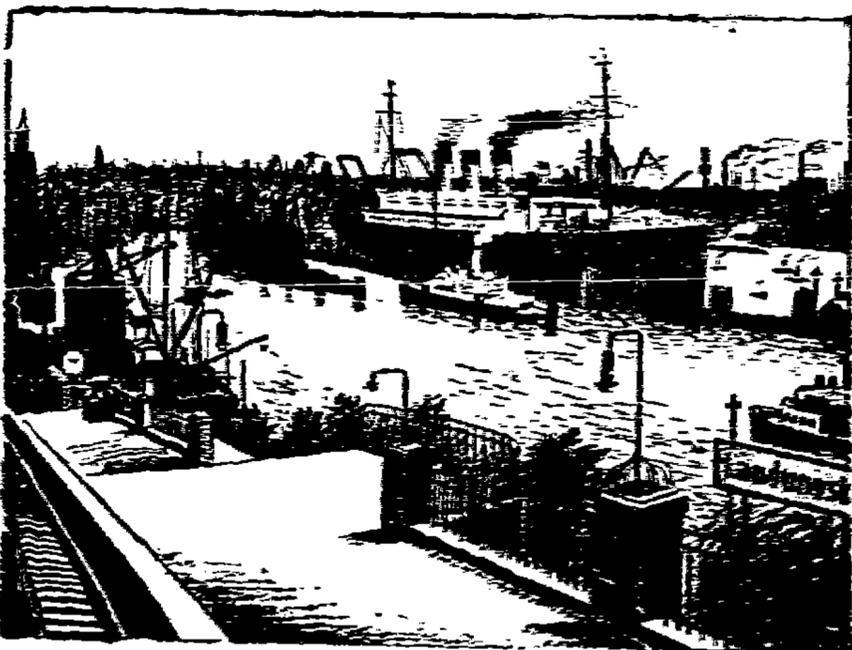
Kollege Mauer begrüßte im Namen unseres Verbandes die Generalversammlung und wünschte dem holländischen Bruderverbande weitere segensreiche Erfolge. Ein gemeinsamer Ausflug nach Cranenburg beschloß die in allen Teilen gut verlaufene Generalversammlung unseres holländischen Bruderverbandes. K. D.

Werftarbeiterkonferenz des Nordischen Bezirks in Hamburg

Zuten un binnen
wagen un winnen.



Der Nordische Bezirk des Christlichen Metallarbeiterverbandes marschiert. Die ständige Aufwärtsbewegung unserer Mitgliederzahlen in den verschiedensten Metallindustrien, besonders auf den Werften, sind ein Beweis mehr, daß unsere wackeren Vertrauensmänner und Mitglieder die Wasserfront für den Christlichen Metallarbeiterverband erschließen. Sie sind kampfbereit und entwickeln gewerkschaftliche Aktivität, wovon die verfloßene Werftarbeiterkonferenz am Sonntag, dem 9. Juni, in Hamburg eine gute Probe bot.



Am Hamburger Hafen

Bezirksleiter Kollege Peter Roersch (Hamburg) eröffnete im freundlichen DSD-Gorch-Fock-Haus die Tagung und begrüßte herzlich die Delegierten von allen Werften. Einen besonderen Willkommensgruß entbot er unserm 2. Verbandsvorsitzenden, Kollegen Karl Schmitz (Duisburg).

Alsdann sprach Kollege Roersch über „Die Lage der Werftindustrie und die Möglichkeit der stärkeren Werbearbeit unter den Werftarbeitern“. Zunächst beleuchtete der Redner kurz den Werdegang der deutschen Werften. U. a. äußerte er zu deren Lage, daß auf den durch Fragebogen erfaßten Werften 81 Sellingen vorhanden sind. Von diesen waren am 1. Mai 1929 36 und am 1. Mai 1928 39 belegt. Der Versailles Vertrag verbietet uns, bestimmte Schiffe für fremde Staaten zu bauen, wodurch uns Arbeitsmöglichkeiten und Einnahmequellen verlorengehen. Einige Industrien haben in Deutschland bereits die Rationalisierung durchgeführt. Wenn sie in der Werftindustrie geschehen ist, wird auch sie sich besser behaupten. Grund zum Pessimismus über die Lage der Werften muß und braucht nicht vorhanden zu sein. Der Auftrags-eingang an Maschinen aus dem Ausland stieg um 48 Prozent. Das bedeutet: Deutschland ist wettbewerbsfähig. Ferner erhob der Redner u. a. folgende Forderungen: Werke, die es angeht, müssen Schluß machen mit aufgeblähten Beamtenapparaten. Auf einer Werft soll auf 1,8 Arbeiter ein Beamter entfallen. Deutsche Reeder haben nur an deutsche Werften Neubaufträge zu vergeben, und zwar derart, daß eine möglichst konstante Beschäftigung der Werften und damit der Werftarbeiter gesichert ist. Dasselbe gilt auch von Reparaturen, soweit sie in Deutschland erledigt werden können. Da Deutschland keine Eisbrecher besitzt, die den schweren Eisverhältnissen im verfloßenen Winter gewachsen waren, fordern wir den Bau von leistungsfähigen Eisbrechern. — Im zweiten Teile seiner Ausführungen bot Kollege Roersch prä-

Mertspruch aus dem Norden

Un wenn't oof schümt un hult un weicht
 Un wenn oof alles koppheister geht,
 Bidreihn un reffen gift det nich!
 Wie blieft an Deck! Is Land in Sicht!

tische Winke, um unsern Verband im nordischen Bezirk zu einer größeren Bedeutung zu bringen. Es gelte in Zukunft zu verhindern, daß die Werftarbeiterschaft für parteipolitische Zwecke mißbraucht wird. Herzlichen Dank sprach der Redner allen Mitgliedern und Mitarbeitern aus für das mutige Einstehen und für die geleistete erfolgreiche Arbeit für unsern Christlichen Metallarbeiterverband.

Die lebhafteste und von Optimismus getragene Aussprache bestritten die Kollegen Kolte, Pages, Seisle (Kiel), Paulich (Stettin), Fried (Slensburg), Rüstemeier (Wilhelmshaven), Kwiatkowski, Kretschmann, Hollube, Tronniker, Bothing (Hamburg), Lennarz, Sackenburg, Prodhhl (Bremen).

Unser 2. Zentralvorsitzender, Kollege Karl Schmitz, übermittelte der Konferenz unter lebhaftem Beifall der Teilnehmer die Grüße unseres Verbandsvorsitzenden Franz Wiesber. Darauf setzte er in einem umfassenden Referat die Bedeutung und Notwendigkeit der steten agitatorischen Arbeit, besonders an der Wasserfront, auseinander und ging dann über zu einer glänzenden Zeichnung der großen und tiefen Gegensätze zwischen der sozialistischen und unserer Idee. An Hand wichtigen Beweismaterials beleuchtete er die Tatsache, warum gerade heute, unter der Führung der Sozialisten in der Regierung, der Kapitalismus Kühner als je sein Haupt erhebe und der Kampf gegen die Sozialversicherung so tolle Formen angenommen habe, wie man es nur unter der Aera Stumm gewohnt gewesen sei. Die Kollegenschaft folgte mit gespannter Aufmerksamkeit den Ausführungen, die ihnen eine zum Teil neue Perspektive über die soziale und wirtschaftliche Lage gegeben hatten, und die sie sicherlich in den Betrieben auszuwerten wissen.

Kollege Roersch schloß die gut verlaufene Konferenz mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf unsern Christlichen Metallarbeiterverband. . . .

Soziales aus der Völkerbundskolonie „Saarabien“



Daß im Saargebiet der Wunsch der Arbeiterschaft nach einer baldigen Rückkehr nach dem Reiche lebendig bleibt, dafür „sorgt“ das internationale Saarunternehmertum nach Kräften.

Zwei Beispiele von vielen andern aus den letzten Wochen seien der gesamten Kollegenschaft nicht vorenthalten. Von der zirka 6000 Mann zählenden Belegschaft der Salbergerhütte in Brebach, einem Werke, das im Saargebiet im Verein mit der Dillinger Hütte die schlechtesten Löhne zahlt, wohnt ein Teil in den Pfalzorten Biesingen, Ommersheim und Heckendalheim.

Damit diesen Kollegen der Weg von und zur Arbeitsstätte verfürzt wird, will das Bezirksamt St. Ingbert eine Autobusverbindung einrichten. Die in Frage kommende Arbeiterschaft aber arbeitet auf einer Schicht und so würde ein Auto nicht ausreichen. Die Bereitstellung von zwei Wagen würde aber den Fahrpreis für die ohnehin zu Hungerlöhnen arbeitende Arbeiterschaft so hoch werden lassen, daß die Autobenuzung unmöglich ist. Um nun mit einem Wagen auszukommen, äußerten Arbeiterschaft und Gewerkschaften den Wunsch, die Kollegen auf Wechselschicht zu verlegen. Ebenfalls wurde die Hütte seitens unserer Bezirksleitung gebeten, dem kommunalen Autobetrieb doch die zur Arbeiterbeförderung benötigte geringe Menge Benzin umsonst bzw. zu einem Vorzugspreis zu liefern. Durch diese beiden Maßnahmen wäre es möglich gewesen, den Fahrpreis niedrig zu halten.

Nichts hätte nun näher gelegen, als diese wirklich beschiedenen Wünsche im Interesse der Arbeiterschaft zu erfüllen. Die französische Hüttenverwaltung aber lehnte ab.

Vielleicht überlegt sich jetzt mal die gesamte Belegschaft, ob es nicht richtiger wäre, durch geschlossenes Eintreten in die gewerkschaftliche Organisation, den Christlichen Metallarbeiterverband, die Hütte zu „veranlassen“, anständige Löhne zu zahlen, damit die Arbeiterschaft in der Lage ist, auch höhere Fahrtkosten zu tragen, ohne daß ihre Familien hungern müssen.

Ein ebenso tolles Stück leistete sich die Dillinger Hütte. Hier ist, mit durch Schuld der Belegschaft selbst, und darunter meist früher ultraradikaler kommunistischer Elemente, die Ueberstundenjägererei derartig groß geworden, daß man von einer glatten Sabotage des Achtstundentages sprechen muß.

Die tariflich festgelegten Zuschläge werden natürlich nicht gezahlt, da sich die Arbeiter angeblich freiwillig zu diesen Ueberstunden drängen. Inwieweit der auf der Dillinger Hütte gezahlte Lohn, der niedrigste von allen Hüttenwerken

im Saargebiet, zu diesen Mißständen beiträgt, soll unerörtert bleiben. Auf jeden Fall aber ist die Mißachtung tariflicher und gesetzlicher Bestimmungen seitens der Arbeiterschaft der schlechteste Weg, anständige Lohnverhältnisse zu schaffen.

Unser Christlicher Metallarbeiterverband wandte sich nun an den Arbeitgeberverband für die Saarindustrie als Tarifpartner und ersuchte um Abstellung der Mißstände.

Auf dieses Schreiben antwortete der Arbeitgeberverband im Auftrage der Dillinger Hütte. Wir glauben nicht, daß im ganzen Deutschen Reiche ein Unternehmer sich ein derartiges Schreiben leisten würde.

Diese Antwort ist nicht nur eine Mißachtung der gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen, sondern sanktioniert die sogenannte Schwarzarbeit in aller Form und lautet wie folgt:

„Die Firma teilt uns nunmehr dazu mit (zu unserer Beschwerde, D. E.), daß die Ueberarbeit hauptsächlich in der Form vorkommt, daß bei der Abgabe der Aufträge nach auswärtig sich zahlreich Arbeiter aus der Belegschaft an die Firma wenden mit der Bitte, man möge ihnen die Arbeit zur Erledigung nach der Schicht übertragen. So pflegt die Hütte Abbrucharbeiten von Ofen und Eisenkonstruktionen, die nicht eilig sind, einem Arbeiter als Unternehmer zu einem festen Preis zu übergeben. Der Arbeiter sucht sich seine Mitarbeiter nach Belieben aus und erledigt die Arbeit außerhalb der Schicht nach seinem Belieben und nach dem Belieben seiner Mitarbeiter. In der Gießerei wollte die Hütte 200 Kofillen, welche die Normalleistungsfähigkeit der Hütte überschritten, auswärtig bestellen. Die Former wurden jedoch dahingehend vorstellig, ihnen den Verdienst zu überlassen. In der gleichen Weise verfahren die Puder wegen der Verladung des Gießereischuttens. Ähnlich liegen die Dinge in der mechanischen Werkstätte, in der ein großer Teil der Bänke in der zweiten Schicht unbenutzt steht und an denen die Arbeiter freiwillig überarbeiten.“

Was aber der vernünftig denkende Teil der Belegschaft von der Ueberstundenjägererei hält, geht aus folgendem Eingeständnis des Arbeitgeberverbandes in seinem Schreiben hervor:

„Was die Freiwilligkeit der Ueberarbeit angeht, so betont die Hütte, daß die Ueberarbeit ohne jede Beeinflussung erfolgt und daß diejenigen Arbeiter, die sich nie an derartigen Ueberarbeiten beteiligen, nicht der geringsten Benachteiligung ausgesetzt sind. Dabei sehen die beteiligten Arbeiter ihre Ueberarbeit zum größten Teile fort, obwohl ihnen von dem anderen Teile der Belegschaft oft die größten Vorhaltungen gemacht werden.“

Zum Schlusse betont dann noch der Arbeitgeberverband, der leider verantwortlich diese Brückierung aller Abmachungen mit seinem Namen deckt, daß die Hütte im „Recht“ sei.

Wir stehen nicht an, zu erklären, daß uns für dieses Verhalten jedes Verständnis fehlt. Auf jeden Fall haben wir

bisher den Unterzeichner des Schreibens des Arbeitgeberverbandes, Herrn Bergrat Tesmar, anders eingeschätzt, als daß er mit seinem Namen offenkundig Unrecht decken könnte.

Gewiß, der in Frage kommende Teil der Belegschaft der Dillinger Hütte sollte sich, trotz vorhandener Not, reiflich überlegen, diese, die ganze Belegschaft schädigende Politik weiterzutreiben. Hütte und Arbeitgeberverband aber müß-

ten es ablehnen, diese Unzuträglichkeiten, die erstere zu fördern und die letztere zu decken.

Für diese gesamte Hüttenarbeiterschaft des Saargebietes gilt es, sich aufzuraffen und durch Ausbau des Christlichen Metallarbeiterverbandes den Kampf um anständige Lohn- und Arbeitsbedingungen auch in der Kolonie Saargebiet aufzunehmen. (c - - - k.)

Aus den Betrieben

Die Lage der schlesischen Metallarbeiterschaft

Die Lage der deutschen Arbeiterschaft ist, im allgemeinen gesehen, nicht rosig. Trotzdem ist sie in sozialpolitischer Hinsicht besser als die Lage der Arbeiterschaft mancher anderer Länder.

Mit am schlechtesten jedoch geht es der Arbeiterschaft in den schlesischen Provinzen. Trotz der guten deutschen sozialen Gesetzgebung wird in den schlesischen Landen von Seiten des Unternehmertums stark an der Arbeiterschaft gesündigt. Insbesondere ist darüber zu klagen, daß die Arbeiterschutzgesetze, wenn überhaupt, so doch recht lax durchgeführt werden.

Auch die Metallarbeiterschaft Schlesiens hat unter diesen Umständen zu leiden. Noch in jüngster Zeit konnten wir an nicht unbedeutenden Plätzen feststellen, daß die Unternehmer überhaupt nicht daran denken, Tarifverträge zur Durchführung zu bringen. Der Frage der Bezahlung von Überstundenzuschlägen wird überhaupt keine Aufmerksamkeit gewidmet. Dabei wird von der Arbeiterschaft verlangt, daß sie fast Tag und Nacht arbeiten soll, um Aufträge auf dem schnellsten Wege zu erledigen. Ebenso wird dem Gesetz über Betriebsstilllegung und Entlassung von Arbeitern in vielen Fällen sehr wenig Rechnung getragen. Daß die Löhne der schlesischen Metallarbeiter mit zu den schlechtesten der deutschen Metallarbeiterlöhne gerechnet werden müssen, sei nur nebenbei und am Rande erwähnt.

Diese Zustände verschuldet aber die schlesische Metallarbeiterschaft zum großen Teile selbst. Wenn sie den Gedanken der gewerkschaftlichen Selbsthilfe zeitiger begriffen hätte, könnte manches schon besser sein. Wenn weiterhin die schlesische Metallarbeiterschaft zielklarer und schärfer Arbeit zugänglicher wäre, als den Schreibern von links und ganz radikal links nachzulaufen, wäre sicherlich auch manches anders.

Aber alles kann noch nachgeholt bzw. gebessert werden, wenn die Metallarbeiterschaft Schlesiens den Anschluß an den Christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands sucht, der sich zum Ziele gesetzt hat, die geistige und wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu heben. B. T.

Uhrenindustrie-Lohnabschluß

Eine recht lang schwebende und in mancher Hinsicht von den bisherigen abweichende Lohnbewegung ist im Mai dieses Jahres zum vor-

läufigen Abschluß gekommen. Das Beispiel der Unternehmer in Württemberg und der Pfalz, die am 27. Dezember den Lohn tarif kündigten, ließ die Uhrenindustriellen nicht zur Ruhe kommen, und die „Ermahnungen Severings“ gaben den Uhrenindustriellen einen willkommenen Fingerzeig. Sie teilten im Januar den Gewerkschaften mit, daß Herr Reichsminister Severing die Parteien anlässlich des Ruhrkonfliktes ersuchte, stets längere Zeit vor Ablauf eines Tarifes die jeweilige Wirtschaftslage und die Aussichten der Industrie miteinander zu besprechen, und daß auch sie, obwohl sie angeblich nicht mit der Kündigung durch die Arbeitnehmer rechneten, eine solche Besprechung „zur Erörterung der Wirtschafts- und Lohnlage“ wünschen, zu welcher sie gleichzeitig einluden. Bei der im Februar dann auch abgehaltenen Besprechung (die vorher aus verschiedenen Gründen eine mehrmalige Verlegung erfahren mußte) erfuhr man nur die Wünsche der Arbeitgeber: Verlängerung des Mindestlohnabkommens auf ein Jahr und die Berechtigung, die „zu hohen Spitzenverdienste“ abbauen zu dürfen. Ein solches Zugeständnis hätte die Grundlage unseres ganzen Tarifes erschüttert, da der Begriff „Spitzenverdienst“ in unserer vielgestaltigen Industrie sehr dehnbar ist. Nachdem die gewünschte Einwilligung unsererseits nicht gegeben wurde, kündigten die Arbeitgeber zum 31. März und forderten: Fortbestehen der bisherigen Mindestlöhne, Kürzung der Akkordverdienste um 5 Prozent und Kürzung der Stundenverdienste um 4 Pfg.

Die Uhrenindustriellen wurden dadurch „vorbildlich“ für die anderen Unternehmerverbände, die fast durchweg nur ein „Fortbestehen der bisherigen Löhne“ verlangten. Unsererseits war schon vorher die Notwendigkeit einer Lohnreihung erwähnt, die nunmehr als Gegenforderung an die Arbeitgeber gerichtet wurde, und zwar wurde verlangt, daß der Lohn von 79 auf 85 Pfg. erhöht werden solle. Die nochmaligen Verhandlungen verliefen ergebnislos, so daß der Schlichtungsausschuß angerufen werden mußte, was die Arbeitgeber übernahmen, die allerdings den Schlichtungsausschuß Rottweil — entgegen der bisherigen Übung — übergangen und sich direkt an den Landesschllichter für Südwestdeutschland, Herrn Dr. Kimnich (Karlsruhe) wandten, der, nachdem er von dem reichlichen ihm von Arbeitgeberseite zur Verfügung gestellten Material Kenntnis genommen hatte, Verhandlungen nach Stuttgart anderäumte, die ebenfalls ergebnislos verliefen. An Hand zahlreicher statistischer und graphischer Darstellungen versuchte der Arbeitgeberverband

Lochruf des Goldes

Jack London.
Schluß.

Er schien ein anderer Mensch geworden. Die größte Menge Coctail hätte nicht diese Flamme in seinen Augen entzündet, nicht diese Wangen mit solcher Glut färben können. Während er arbeitete, fühlte er sich von neuem von der alten Leidenschaft gepackt, die ihn den größten Teil seines Lebens beherrscht hatte. Ein wilder Wahnsinn überkam ihn und wuchs von Minute zu Minute. Er arbeitete wie verrückt, bis er vor Anstrengung leuchtete und der Schweiß ihm über die Stirn troff. Er suchte die ganze Breite des Erdrutschs ab und grub durch die rote vulkanische Erde, die von dem eingeschürzten Felsen über ihm herabgekommen war, bis er Quarz fand, weißen Quarz, der ihm unter den Händen zerbröckelte und von reinem Golde wimmelt.

Zuweilen versuchte er kleine Erdrutschs, die seine Arbeit wieder zu nichte machten und ihn zwangen, die Erde wegzuräumen. Einmal wurde er fünfzig Fuß tief bis auf den Boden des Canons mitgerissen, kam aber mit einiger Mühe auf die Beine und kroch wieder hinauf, ohne auch nur Luft zu schöpfen. Hier war der Quarz bröckelig, daß er fast schon glüht, und hier war er reicher an Gold als irgendwo sonst. Es war die reine Schatzkammer. Er verfolgte die Ader bergauf und bergab auf eine Strecke von hundert Fuß. Er kletterte sogar über den Rand des Canons um möglicherweise etwas von dem Quarzgang zu erlangen. Aber das hatte Zeit, und er kehrte schnell zu seinem Funde zurück.

Er arbeitete weiter in derselben wahnwitzigen Eile, bis Ermattung und unerträgliche Rückenschmerzen ihn zum Aufhören zwangen. Er richtete sich an einem Quarzblock auf, der noch goldhaltiger als die vorhergehenden war. Als er gebückt dagestanden hatte, war der Schweiß ihm von der Stirn auf die Erde getropft, jetzt lief er ihm in die Augen und blendete ihn. Er wuschte ihn mit dem Sandströmen ab und machte

sich von neuem an die Untersuchung des Goldes. Es würde dreißigtausend auf die Tonne, ja fünfzigtausend oder noch mehr ergeben, das wußte er gut. Und als er so das gelbe lodende Gold anstarrte, nach Luft schnappte und sich den Schweiß aus den Augen wuschte, begannen in seinem Innern plötzlich die großen Gefühle aufzutreten. Er sah die Eisenbahnschienen, die vom Tal in die Höhe, quer über die Wiesen bis zum Gipfel des Berges laufen mußten, und sein Blick glitt über die Hänge und deutete die Brücke über den Canon bis alles vor seinen Augen zur Wirklichkeit wurde. Auf der anderen Seite des Canons mußte die Föhle errichtet werden, und er stellte sich dorthin und hing auch die endlose Kette von Timern auf, die sich mittels Schwerkraft durch den Raum bewegten, um das Metall über den Canon zum Quarzbecher zu schaffen. Die ganze Mine lag zu seinen Füßen mit ihren Tunneln, Schächten, Galerien und Kränen. Er konnte die Sprengungen in der Mine hören, während von der anderen Seite das Poltern des Stampfwerkes erkante. Die Hand, die das kleine Stückchen Quarz hielt, zitterte und er spürte in seinem Magen ein müdes nervöses Klopfen. Plötzlich wußte er, daß er etwas trinken mußte — Whisky, Coctail, irgend etwas, nur Spiritus. Und in diesem Augenblick als der brennende Drang nach Spiritus ihn ganz beherrschte, hörte er in der Ferne Vedes Stimme, die über die grüne Tiefe des Canons schwach und undeutlich zu ihm herüberdrang:

„Komm, put, put, put, put, put! Komm, put, put, put!“

Er war erstaunt, wieviel Zeit vergangen war. Sie hatte die Peranda verlassen und fütterte jetzt die Küden, ehe sie das Abendessen bereite. Der Nachmittag war vergangen. Er konnte nicht fassen, daß er solange fortgeblieben war.

Wieder hörte er ihr Rufen: „Komm, put, put, put, put, put! Komm, put, put, put!“

So rief sie immer, erst fünf-, dann dreimal. Er hatte es längst bemerkt. Und als er so an sie dachte, klangen auch andere Gedanken in ihm auf, die allmählich den Ausdruck von Angst über seine Züge breiteten. Denn hier war, als hätte er sie schon fast verloren. Nicht ein

nachzuweisen, daß jeder Erfolg der Rationalisierung der Arbeiterschaft zugute gekommen sei und durch Beibringung von Kalkulationsunterlagen und von Konkurrenzangeboten aus aller Herren Länder sollte die steigende Konkurrenzunfähigkeit der deutschen Uhrenindustrie gegenüber der Italiens, Frankreichs, der Tschechoslowakei und anderer Länder dargelegt werden. Auch die Arbeiterschaft hat Verständnis für die Konkurrenzschwierigkeiten, aber sie war nicht davon zu überzeugen, daß der Unterschied in der Lohnhöhe — der übrigens viel geringer ist alsargetan wurde, denn die Arbeitgeberseite genannnten „Verdienste“ von 1,10 und 1,20 M sind nicht „Durchschnitts“, sondern Spitzenverdienste — ausschlaggebend für die Konkurrenzfähigkeit sein könnte, zumal gerade aus Konkurrenzländern Mitteilungen beigebracht werden konnten, die ergaben, daß die dortigen Löhne nicht schlechter, sondern teils noch besser sind als im Schwarzwalde. Die darauf angelegte Verhandlung vor der Schlichterkammer und die Beratung der

Kammer führte nach etwa 9 Stunden zu einem Spruch, der eine Erhöhung des Eklohnes um 4 Pfg. und eine Laufdauer bis zum 31. März 1930 vorsieht. Wegen verschiedener Unklarheiten und Meinungsverschiedenheiten mußte eine weitere Sitzung stattfinden, die im wesentlichen das gleiche auf dem Wege einer Verständigung festlegte und durch die Änderung der Aufrundung auf volle Pfennige — gegenüber bisher auf halbe — eine kleine Verbesserung brachte. Die Erhöhung der Tariflöhne und der verschiedenartig gestaffelten tatsächlichen Verdienste erfolgt erst mit Wirkung ab 1. August. Um dort die Durchführung sinngemäß der Vereinbarung zu erreichen, ist eine intensive Beschäftigung mit den Auslegungsmöglichkeiten nötig, und um in den nächsten Jahren den immer schärfer werdenden Widerständen der Arbeitgeber gegenüber unseren Standpunkt zur Geltung bringen zu können, ist es nötig, daß man allseits den Weg zur Organisation, zu unserem Christlichen Metallarbeiterverband findet. Pth

Verbandsgebiet

Klingenthal. Leider hat unsere Gruppe ganz unerwartet einen schweren Verlust erlitten. Am 5. Juni wurde uns durch den Tod unser Vorsitzender, Kollege Paul Körner, entzogen. Ein eifriges und vorbildliches Mitglied ist damit aus unseren Reihen geschieden. Unser Kollege Körner war ein ganzer Christ. Dieses trieb ihn auch in unsere Bewegung, der er über zehn Jahre lang angehörte. In dieser Zeit war er stets Führer der christlichen Gewerkschaften im Klingenthaler Gebiet und hat sich allseits Achtung und Anerkennung erworben. Der Pfarrer konnte nicht umhin, am Grabe die hohen Verdienste um die christlichen Gewerkschaften zu rühmen und die zahlreich erschienenen Mitglieder aufzufordern, mit dem neuen Führer in den Fußstapfen des Verstorbenen weiterzuwandeln und die Arbeiter den christlichen Gewerkschaften zuzuführen. Am Abend des Begräbnistages versammelten wir uns, um unseres teuren Entschlafenen in engem Kreise nochmals zu gedenken. Kollege Weisfloß aus Aue sprach von den hervorragenden Charaktereigenschaften des Verstorbenen, von seinem tief christlichen Wesen, von seiner sozialen Gesinnung, von seiner Gewissenhaftigkeit, von seinem verjöhnlichen Wesen und von seiner unelgennütigen aufopferungsfreudigen, dauernden Mitarbeit. Es sei dem Kollegen Körner eine große Freude gewesen, als er noch kurz vor seinem Tode die erfreuliche Entwicklung unserer Zählstelle beobachten konnte. Im Geiste des Kollegen Körner, so führte der Redner aus, müssen wir dem neuen Führer folgen und nicht müde werden, unseren Christlichen Metallarbeiterverband weiter vorwärts zu bringen. — Der neugewählte Vorsitzende, Kollege Otto Engel, versprach, im Sinne des Verstorbenen die Zählstelle zu führen, und bat um Unterstützung, die ihm allseits versichert wurde. W.

Kürnberg. Unsere letzte Mitgliederversammlung, die sich eines sehr guten Besuches erfreute, hatte diesmal eine besondere Bedeutung. Galt es doch zu einer äußerst aktuellen Frage, und zwar zu den Abbaubestrebungen in der deutschen Sozialgesetzgebung, Stellung zu nehmen. Der Referent des Abends, Kollege Haag (Kürnberg), verstand es in meisterhafter Weise, über diese Frage Klarheit zu schaffen.

Ausgehend von dem planmäßigen Kampf eines sonst so „nationalen“

Unternehmertums gegen die deutsche Lohn- und Sozialpolitik, weist der Redner vor allem die Vorwürfe der deutschen Arbeiterschaft gegen die gewerkschaftliche Lohnpolitik zurück. Solange die Rationalisierung für die Metallarbeiterschaft Akkordabzüge und Betriebsstilllegungen bringt und die Metallarbeiterlöhne hinter den Löhnen anderer Berufsgruppen zurückbleiben, sehen wir uns gezwungen, eine vorwärtsdrängende Lohnpolitik zu betreiben.

Im Kampf gegen die deutsche Sozialpolitik stehen die Auseinandersetzungen über die deutsche Sozialversicherung im Vordergrund.

Wenn auch das Sprichwort: „Wo viel Licht ist, ist viel Schatten“ für alle menschlichen Einrichtungen zutrifft, so ist es doch demagogisch und verantwortungslos, bei der Sozialversicherung von Einzelercheinungen auf die gesamte Einrichtung zu schließen, wie das Gustav Sarg in seinen „Irrwegen der deutschen Sozialpolitik“ gemacht hat.

Nach Sarg soll die gesamte Kranken-, Invaliden- und Arbeitslosenversicherung abgebaut werden, weil damit dem deutschen Volk zu viel Sozialismus gegeben wurde.

Das Schicksal des arbeitenden Volkes wäre damit dem mitleidslosen freien Spiel der Kräfte überlassen gewesen, so daß wir bei der brutalen Einstellung weiterer Unternehmerkreise nicht weniger, sondern noch mehr Sozialismus in Deutschland erhalten hätten.

Nach einer gründlichen Abrechnung und Richtigstellung der Behauptungen über die sogenannte Unmoral und Verantwortungslosigkeit der Arbeiterschaft bei der Benützung der sozialpolitischen Einrichtungen ging der Referent auf die praktischen Vorschläge dieses Literatur des Unternehmertums ein.

Das durch Sparzwang und verlängerte Arbeitszeit ersparte Eigenkapital und die Hilfe der sogenannten „sozialen Gemeinschaften“ bieten nicht den notwendigen Schutz und die durchgreifende Hilfe, wie sie von der deutschen Sozialversicherung schon seit Jahrzehnten geleistet wird.

Zum Schluß unterzieht der Referent noch das „Sofort-Programm“, wie es in den „Irrwegen“ niedergelegt ist, einer kritischen Würdigung

einziges Mal hatte er in diesen wahnsinnigen Stunden an sie gedacht, die ganze Zeit war sie ihm wahrhaftig verloren gewesen.

Er warf das Quarzstück fort, ließ sich den Erdrutsch hinabgleiten und begann mit schweren Schritten den Pfad entlang zur Ranch zu laufen. Am Rande der Rodung verlangsamte er seinen Schritt und kroch fast bis zu einer Stelle, von wo aus er sehen konnte, ohne selbst gesehen zu werden. Sie sätterte immer noch die Rücken, streute ihnen Hände voll Korn aus und lachte über ihre drolligen Bewegungen.

Bei ihrem Anblick war ihm, als verließ ihn plötzlich der panische Schrecken, der ihn ergriffen hatte, er machte kehrt und lief den Pfad zurück. Dann kletterte er wieder den Erdrutsch hinauf, kletterte jetzt aber höher und nahm Hacke und Schaufel mit. Und wieder arbeitete er wie rasend, aber diesmal mit einer anderen Absicht. Er berechnete genau, lockerte die rote Erde, so daß sie herabstürzte, alles, was er ausgegraben hatte, unter sich begrub und den Schatz, den er entdeckt hatte, wieder vor dem Tageslicht verbarg. Er ging sogar in den Wald, schaufelte ganze Arme voll des im vergangenen Jahre gefallen Laubes zusammen und streute es über den Erdrutsch. Aber diese Arbeit gab er bald als zwecklos wieder auf und ließ wieder Erde über den Schauplatz seiner harten Arbeit nachstürzen, bis jede Spur des vordringenden Quarzgang vollständig verwischt war.

Dann setzte er das beschädigte Wasserrohr instand, nahm sein Werkzeug und machte sich auf den Heimweg. Er ging langsam, denn er fühlte eine große Müdigkeit, wie ein Mensch, der eine furchtbare Krisis durchgemacht hat. Er legte das Werkzeug fort, nahm einen tüchtigen Schluck von dem Wasser, das jetzt wieder durch die Kanäle strömte und setzte sich auf die Bank an der offenen Küchentür. Dede war drinnen dabei, das Abendessen zu bereiten, und der Klang ihrer Schritte erfüllte ihn mit unendlicher Zufriedenheit.

Er atmete die balsamische Bergluft in tiefen Jügen, wie ein Taucher nach dem Aufsteigen aus der Tiefe. Und während er die Luft einzog, tranken seine Augen die Schönheit der Wolkentäler, als wollten sie sich nie wieder davon leeren.

Dede wußte nicht, daß er zurückgekommen war, und er wandte hin und wieder den Kopf und blickte sie verbohlen an — ihre geschickten Hände, den Bronzeshimmer über ihrem braunen Haar, das aufflammte, wenn sie in den breiten Sonnenscheinstrahlen trat, der durch das Fenster hereinstömte, die Verheißung ihrer Gestalt, und ihn durchfuhr es wie ein Stich, so lieb und teuer war ihm das alles. Er hörte, wie sie sich der Tür näherte, und wandte absichtlich den Kopf nach dem Tale. Und dann wurde er von dem seltsamen Gefühl durchbebt, das er immer spürte, wenn ihre Finger weich und kosend durch sein Haar fuhren.

„Ich mußte nicht, daß du zurückgekommen bist“, jagte sie. „War es schlimm?“

„Ja, ein ziemlich schlimmer Erdrutsch“, antwortete er, während er noch fortjah und unter ihrer Liebkosung zitterte. „Es war erstarrt, als ich gedacht hatte. Aber ich habe eine gute Idee bekommen. Weißt du, was ich tun will! Eukalyptusbäume pflanzen. Die werden die Erde schon halten. Ich will sie so dicht wie Gras pflanzen, so daß nicht einmal ein hungriger Hase durchschlüpfen kann, und wenn die erst mal richtig Wurzeln geschlagen haben, kann keine Macht der Welt die Erde wieder zum Rutschen bringen.“

„Ja, war es denn so schlimm?“

Er schüttelte den Kopf.

„Nein, du brauchst nicht bange zu sein. Aber ich will keine Mühe mehr haben durch diese verdammten Erdrutsche, das ist alles. Ich will die Erde auf dem Boden festnageln, daß sie Millionen Jahre dort bleibt. Und wenn die letzte Posaune ertönt, und der Sonomaberg und alle anderen Berge vom großen Nichts verschlungen werden, dann wird hier die Erde noch stehen, von den Wurzeln gehalten.“

Er legte den Arm um sie und zog sie auf seine Knie.

„Hör, mein Kind, dir ist ja doch allerlei verjagt geblieben, weil du hier auf der Ranch lebstest — Musik, Theater und dergleichen. Sehnt du dich nicht doch danach, alles hier zu lassen und zu den andern zurückzukehren?“

und kommt dabei zu der Auffassung, daß die Durchführung dieser Bestimmungen gewaltige soziale Härten für jeden Arbeitnehmer, erhöhten Zwang und damit vermehrten Sozialismus bringen müßten. Aus all diesen Gesichtspunkten heraus müssen wir als christliche Arbeiterschaft diese „Reform“-Vorschläge ablehnen.

Wo reformiert wird, darf nicht abgebaut, sondern muß ergänzt und ausgebaut werden.

Notwendig ist daher eine gesunde Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Versicherung und eine gründliche Schulung der Vertreter der Versicherten.

Unsere Forderung lautet deshalb: Nicht Abbau der Sozialversicherung und damit soziales Elend sondern Sicherung der Arbeiterfamilie durch Ausbau der deutschen Sozialgesetzgebung.

Die lebendige Anteilnahme, der reiche Beifall und die zustimmenden Ausführungen in der nachfolgenden Aussprache bewiesen, wie sehr der Redner das Interesse der Kollegenschaft wachgerufen und ihr aus dem Herzen gesprochen hat.

Die christliche Arbeiterschaft wird in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit ihrer Führung allen Stürmen auf das stolze Gebäude der Sozialversicherung trohen und an seinem weiteren Ausbau unermüdetlich arbeiten.

Sindenburg. Die letzte, bei Libon abgehaltene Versammlung hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Gewerkschaftssekretär S i a r a referierte über Organisationsfragen und Betriebsverhältnisse. Anschließend an seinen lehrreichen Vortrag beteiligten sich zahlreiche Redner rege an der Aussprache. Den Vorschlägen des Bezirksausschusses des Verbandes wurde mit großer Mehrheit zugestimmt. Danach sind Betriebsobmänner zu regelmäßiger Berichterstattung über alle wichtigen Vorgänge und Durchführung notwendiger statistischer Erhebungen verpflichtet.

Sinen breiten Raum nahmen in der Aussprache auch die Erörterungen der Pensionskassenverhältnisse der Donnersmarchhütte und die gegenwärtige Lage der Arbeiter in den Deijfelwerken ein. Bezüglich der Pensionskasse der Donnersmarchhütte wird angestrebt, die Zentralbehörden um weitere Unterstützung zu ersuchen, damit den Altpensionären das langerwartete Ruhegeld gezahlt werden kann.

Einmütig kam die Auffassung zum Ausdruck, die alte Pensionskasse der Donnersmarchhütte unter allen Umständen zu erhalten und wieder leistungsfähig zu gestalten. — Bezüglich der in großem Umfang vorgenommenen Arbeitsunterbrechung in den Deijfelwerken sind Bedenken dahingehend geäußert worden, daß diese Maßnahme zum Zwecke späterer Lohnherabsetzungen ergriffen worden ist.

Außerdem gelangten noch einige wichtige Fragen des Arbeiterschutzes zur Behandlung. Von allen Rednern wurde betont, daß es dringend notwendig sei, die abseitsstehenden Metallarbeiter zum Eintritt in den Christlichen Metallarbeiterverband zu veranlassen, um einen allgemeinen Schutz berechtigter Interessen und Forderungen der ober-schlesischen Metallarbeiterchaft möglich zu machen.

S. 2

Branchenbewegung

Schweißer und Brenner

Siegen. Am 11. Juni hatte unser Christlicher Metallarbeiterverband die Autogen- und Elektroschweißer und Brenner des hiesigen Bezirks zu einer Branchenbewegung eingeladen. Von den über 30 in Frage kommenden Firmen, die Schweißer und Brenner beschäftigen, hatte erfreulicherweise die größere Anzahl der Betriebe Delegierte entsandt. Es war infolgedessen eine gut besuchte Versammlung, die sich zusammensetzen konnte, um über Fragen ihres Berufs zu raten und zu beraten. Der Vorsitzende der Verwaltungsstelle Siegen, Kollege H a a s, hielt ein einleitendes Referat über die Bedeutung und Gefahren des Schweißberufes. Redner wies darauf hin, daß dieser Beruf noch ein verhältnismäßig neuer sei und infolgedessen noch allerhand Kinderkrankheiten durchzumachen habe. Er schlug am Schluß seiner mit großem Interesse entgegengenommenen Ausführungen vor innerhalb des Christlichen Metallarbeiterverbandes eine Berufsgruppe der Schweißer und Brenner zu bilden und sich in alle vier Wochen stattfindenden Sitzungen über wichtige Berufsfragen zu unterhalten. Zu diesen wichtigen Berufsfragen gehören die Frage der Bezahlung, der Einordnung in die richtige Lohnklasse, der Bestellung von Schuttmitteln und Maßnahmen sowie auch Fachfragen technischer Natur.

Die Aussprache bewies, daß diese Versammlungen eine dringende Notwendigkeit sind. Lebhaft und ausgiebig wurden die Ausführungen des Referenten diskutiert und daraufhin einstimmig beschlossen, die Bildung einer Berufsgruppe vorzunehmen. Es wurde daraufhin auch sofort zur Wahl des Vorstandes geschritten, der sich wie folgt zusammensetzt: 1. Vorsitzender: Karl Hoffmann, Siegen; 2. Vorsitzender: Wilhelm Koppel, Weidenau; Schriftführer: Fritz Schäfer, Siegen. Als Beisitzer wurden die Kollegen August Blüdenbender (Siegen) und Paul Sellbach aus Klafeld-Geisweid gewählt. Ferner wurde beschlossen, jeden Monat eine Berufsgruppenversammlung abzuhalten. Die Geschäftsstelle des Verbandes wird dafür Sorge tragen, daß in den meisten Versammlungen auch fachtechnische Vorträge von fachkundigen Referenten gehalten werden können. Die vom Verbands ausgegebenen Fragebogen sollen umgehend und gründlich ausgefüllt zurückgesandt werden. Des weiteren gelobten die Anwesenden, in ihren Kollegenkreisen für eine möglichst reiflose Organisation der Schweißer und Brenner im Christlichen Metallarbeiterverband zu sorgen. Die harmonisch und vielversprechend verlaufene Versammlung wurde nach weiteren Ausführungen des Kollegen B r a ß mit einem kurzen Schlußwort des Referenten gegen 11 Uhr geschlossen.

R. Haas.

So groß war seine Angst, daß er sie gar nicht anzusehen wagte; als sie aber lachte und den Kopf schüttelte, fühlte er eine unsagbare Erleichterung. Und er bemerkte auch den ewig jungen Klang in ihrem frohen knabenhaften Lachen.

„Hör“ sagte er plötzlich heftig, „geh nicht in die Nähe des Erdbebens bevor die Bäume, die ich pflanzen will, Wurzeln geschlagen haben. Es ist sehr gefährlich, und ich kann es mir jetzt nicht leisten, dich zu verlieren.“

Er zog sie an sich, presste seine Lippen auf die ihren und küßte sie heiß und leidenschaftlich.

„Was für ein verliebter Mann!“ sagte sie; und in ihrer Stimme lag Stolz über ihn und über ihre eigene weibliche Anziehungskraft.

„Sieh mal, Debe.“ Er zeigte mit einer weit umfassenden Armbewegung über das Tal und die Berge drüben. „Das Kondal — das ist ein guter Name, ein guter Name. Weißt du, wenn ich das alles sehe und an dich und an alles denke was das bedeutet, so bekomme ich gleichsam Halschmerzen es rührt sich mir etwas im Herzen, das ich nicht in Worten ausdrücken kann und ich habe ein Gefühl, daß ich beinahe Stöhnen und die anderen hochtrabenden Dichter verstehen kann. Sieh den Hood-Berg drüben im Sonnenschein. Dort unten im Spalt fanden wir die Quelle.“

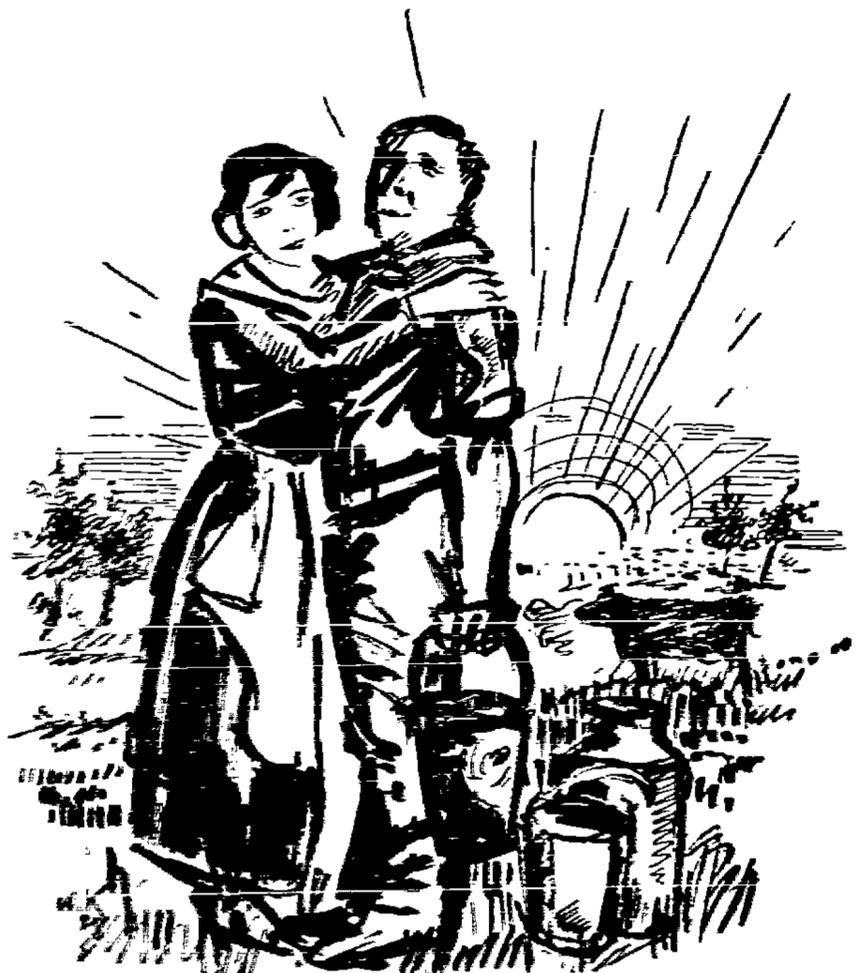
„Und an dem Abend war es, als du die Küche erst um zehn Uhr meistest“, sagte sie lächelnd. „Und wenn du mich hier jetzt noch länger hältst, dann wird das Abendessen nicht früher fertig als damals.“

Sie erhoben sich beide von der Bank, und Daplight nahm den Schlüssel einer von seinem Koffer neben der Tür. Dann blieben sie einen Augenblick stehen, um noch einmal über das Tal zu schauen.

„Wirklich großartig“ sagte er.

„Wirklich großartig“, sprach sie ihm nach und lachte lustig über und mit ihm, lachte über sich selbst und über die ganze Welt, während sie ins Haus trat.

Und wie der alte Mann, den er einst getroffen, sprang Daplight jetzt selbst durch das Feuer des Sonnenunterganges mit einem Schlüssel am Arm den Gang hinab.



Arbeiterrecht

Sozialversicherung

Nummer 8

Duisburg, den 29. Juni 1929

Nummer 8

Explosionsgefahren bei Reparaturen von Mineralöl-Behältern

Bei der Instandsetzung undicht gewordener Behälter für feuergefährliche Flüssigkeiten, insbesondere für Benzin und Benzol, wie solche in Autoreparaturwerkstätten, Autogenschweißereien u. a. Betrieben der Metallindustrie heute vielfach vorgenommen werden, verunglücken alljährlich zahlreiche Metallarbeiter. Es handelt sich hierbei meist um sehr schwere, nicht selten um tödliche Unfälle. Die meisten dieser Unfälle könnten vermieden werden, wenn vor Inangriffnahme der betr. Arbeiten die gebotenen Vorsichtsmaßregeln beachtet würden. Hier tut Aufklärung not. Sie dem Keuling zu vermitteln, und den bereits Vertrauten zu unverminderter Vorsicht zu mahnen, ist der Zweck der nachstehenden Ausführungen.

Zunächst sei die kurze Schilderung einiger Unfälle beim Schweißen von Benzinfässern vorausgeschickt. Ein Schlosser sollte ein seit drei Monaten leer auf dem Fabrikgrundstück liegendes Benzinfäß schweißen; er wandte vor Ausführung der Arbeit keinerlei Vorsichtsmaßregeln an. Die Folge war eine heftige Explosion, die den Arbeiter für sechs Monate arbeitsunfähig machte. — In einer Autoreparaturwerkstatt wurde ein Lehrling beim Schweißen von leeren Benzinfässern durch Explosion infolge des entstandenen Benzindampf-Luftgemisches getötet. Die Fässer hatten sechs Wochen lang mit Wasser gefüllt gelegen, auch war während dieser Zeit angeblich der Spundverschluß entfernt gewesen. — Beim autogenen Schweißen explodierten drei Benzinfässer, wovon zwei längere Zeit im Freien gelagert hatten, während das dritte mit heißem Wasser ausgespült worden war; drei Kraftwagenbenzinbehälter explodierten beim Löten. Bei diesen Explosionen wurde ein Arbeiter getötet, drei Arbeiter wurden verletzt. Eine Anzahl weiterer z. T. folgenschwerer Unfälle ist durch das bloße Ausleuchten leerer Fässer mittels Streichholz oder offener Flamme eingetreten.

Wodurch entsteht nun bei einem völlig entleerten, ja sogar wochenlang entlüfteten Benzin- oder Benzolfäß die Gefahr einer Explosion? Selbst bei sorgsamem Entleeren und Ausspülen bleiben in den Gefäßen stets noch Mineralölreste zurück, die in den Fugen und Nietnähten, insbesondere aber in den Rost- und Krustenansätzen festhaften. Diese Reste, die beim Erwärmen des Fasses vergasen, genügen vollaus, um mit der im Fassinneren vorhandenen Luft ein explosives Gemisch zu bilden, das sich dann in Verlauf der Schweißarbeit an den hocherhitzten Wandungen entzündet. Es ist durch Versuche festgestellt worden, daß der Rostansatz in einem entleerten und 24 Stunden lang entlüfteten Benzolfäß und der eines in gleicher Weise behandelten Benzol-Tankwagens 6–7,5 Prozent Benzol enthält. Die Entflammung der Masse trat schon bei 22 Grad Celsius ein.

Ein bloßes Ausspülen der Gefäße mit kaltem oder warmem Wasser, selbst unter Zusatz von Soda genügt zur Entfernung dieser gefährlichen Reste wegen der Wasserunlöslichkeit der Mineralöle nicht. Es bedarf dazu anderer Mittel, wie z. B. Ausblasen mit gespanntem Dampf, der aber nicht immer zur Verfügung steht. Ein sicheres Verfahren, um die Bildung eines explosiven Gemisches während des Schweißens oder Lötens zu verhindern, ist das Füllen der Gefäße mit nichtbrennenden Gasen wie Kohlendioxid oder Stickstoff. Es ist leider verhältnismäßig teuer und auch etwas umständlich und wird daher nur vereinzelt angewandt. In letzter Zeit hat sich nun ein Verfahren eingeführt, das ebenso sicher, dabei aber weit einfacher und billiger ist. Das zu schweißende Faß wird nach vorherigem gründlichen Ausspülen bzw. Ausdämpfen mit Wasser gefüllt und nach dem Verschließen des Spundloches so gelagert, daß die auszubessernde Stelle

nach oben kommt. Den beim Schweißen entstehenden Dämpfen muß aber Gelegenheit zum Entweichen gegeben sein. Zu diesem Zwecke wird neben der Ausbesserungsstelle eine kleine Öffnung hergestellt, die nach Beendigung der Reparatur wieder verschlossen wird. Man kann denselben Zweck auch durch ein auf das Spundloch aufgesetztes, offenes Rohr erreichen.

Die Maschinenfabrik Arthur Dondran in Halle a. S. bringt seit einigen Jahren eine besondere Vorrichtung für dieses Verfahren in den Handel. Sie besteht aus einer Spundlochverschraubung (Abb. 1) mit zwei Durchbohrungen, von denen sich

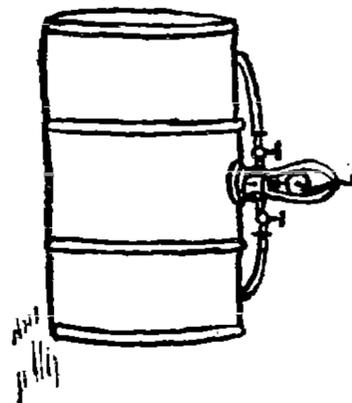


Abbildung 1

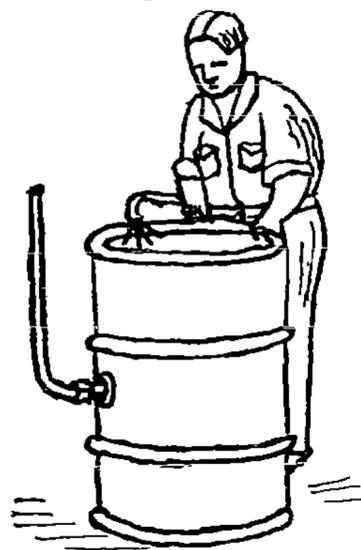


Abbildung 2

eine in ein Tauchrohr fortsetzt, das an die Wasserleitung anzuschließen ist, und die andere die vom Wasser zu verdrängenden Dämpfe und Flüssigkeiten nach außen austreten läßt. Man läßt nun so lange Wasser zulaufen, bis es aus der Austrittsöffnung vollkommen klar austritt. Sodann wird diese Armatur abgeschraubt und durch eine andere mit einem unverschließbaren drehbaren, knieförmig gebogenen Standrohr (Abb. 2) vertauscht. Das mit Wasser angefüllte Faß wird nun so gelegt, daß sich die zu schweißende Stelle oben befindet, dabei wird das Standrohr ebenfalls nach oben gedreht. Da zwischen Schweißstelle und Wasseroberfläche kein oder nur ein ganz geringer Hohlraum besteht, ist beim Schweißen die Bildung und Explosion von Benzindampf-Luftgemischen ausgeschlossen, andererseits können die Schweißgase wegen des Druckausgleichrohres auch keine gefährliche Drucksteigerung in dem Fasse hervorgerufen. Nach dem Schweißen wird die Füllarmatur wieder aufgesetzt, die mit Absperrhähnen und Manometer versehen ist, so daß sie nunmehr auch zur Prüfung des Fasses unter Druck verwendet werden kann.

Besondere Vorsicht ist auch bei der Behandlung von Fässern mit feststehender Spundlochverschraubung geboten. Bei der gewaltsamen Entfernung dieser Verschraubungen ist schon manches Unheil passiert. Man geht in solchen Fällen am besten in der Weise zu Werke, daß neben dem Spundloch zunächst ein Loch gebohrt wird, aber so, daß keine Funkenbildung entsteht. In dieses Loch wird ein Trichter eingesetzt und das Faß von Sand gefüllt. Nunmehr kann die feststehende Spundverschraubung ohne Gefahr entweder losgemeißelt, losgeschlagen oder nach vorheriger Erwärmung herausgedreht werden. In diesem Zusammenhang ist noch bemerkenswert, daß bei Faß-Explosionen fast immer ein Boden herausgeschleudert, dagegen nur selten der Mantel aufgerissen wird. Dieser Umstand ist beachtlich hinsichtlich der beim

Schweißen eines Fassens einzunehmenden Stellung des Schweißers. Sie darf sich nie in der Flugrichtung der Böden befinden. Wird in der hier kurz geschilderten Weise bei der Instandsetzung von Mineralölgefäßen verfahren, so sind Unfälle durch Explosionen so gut wie ausgeschlossen. Kein Schlosser oder Schweißer sollte sich daher an die Bearbeitung led. gewordener Benzin- oder Benzolgefäße begeben, ohne nicht vorher die vorstehend erörterten

Schutzmaßnahmen getroffen zu haben. „Der Eile halber“ außer Acht gelassene Vorsicht kann sich bitter rächen. Daß übrigens mit solch gefährlichen Arbeiten in keinem Falle Lehrlinge betraut werden dürfen, ist eine Selbstverständlichkeit; der eingangs erwähnte tödliche Unfall eines Lehrlings beim Ausbessern von Benzinfassern zeugt von einer schier unglaublichen Gewissenlosigkeit des betreffenden Betriebsinhabers. M. Fichtl.

Ist der Karfreitag ein gesetzlicher Feiertag?



Ind an diesem Tage die tariflichen Sonntagszuschläge zu zahlen? Diese Frage war vor kurzem Gegenstand der Beratung im Tarifausschuß für den Rheinisch-Westfälischen Steinkohlenbergbau.

Der Tarifausschuß fällt gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreter eine Entscheidung, nach der der Karfreitag für den Rheinisch-Westfälischen Bezirk nicht als gesetzlicher Feiertag gilt. Die Folge dieser Entscheidung ist nun, daß für Arbeiten am Karfreitag die Bezahlung der Sonntagszuschläge abgelehnt wird.

Es berührt eigenartig, daß ein Tarifausschuß diese rein rechtliche Frage in dem oben angeführten Sinne zu lösen versucht, ohne die bisherige Spruchpraxis der Gerichte in dieser Frage zu berücksichtigen.

Zur Aufklärung aller Interessenten und der Öffentlichkeit diene das Nachstehende:

Bereits im Jahre 1921 hatte der Christliche Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Duisburg, diese Streitfrage zum Gegenstand einer Klage am Gewerbegericht anhängig gemacht. Das Gewerbegericht entschied damals, daß der Karfreitag ein gesetzlicher Feiertag sei und die tariflichen Zuschläge für Sonntagsarbeit bezahlt werden müßten.

Eine der beklagten Firmen erhob erneut Feststellungsklage für 26 Arbeiter, um so in der Berufungsinstanz ein endgültiges Urteil zu bekommen.

Die 4. Zivilkammer des Landgerichts Duisburg, die sich nunmehr mit der Rechtsfrage befaßte, verkündete am 14. März 1922 durch Urteil, daß der Karfreitag ein gesetzlicher Feiertag sei und demgemäß auch die Zuschläge für Sonntagsarbeit zu bezahlen seien.

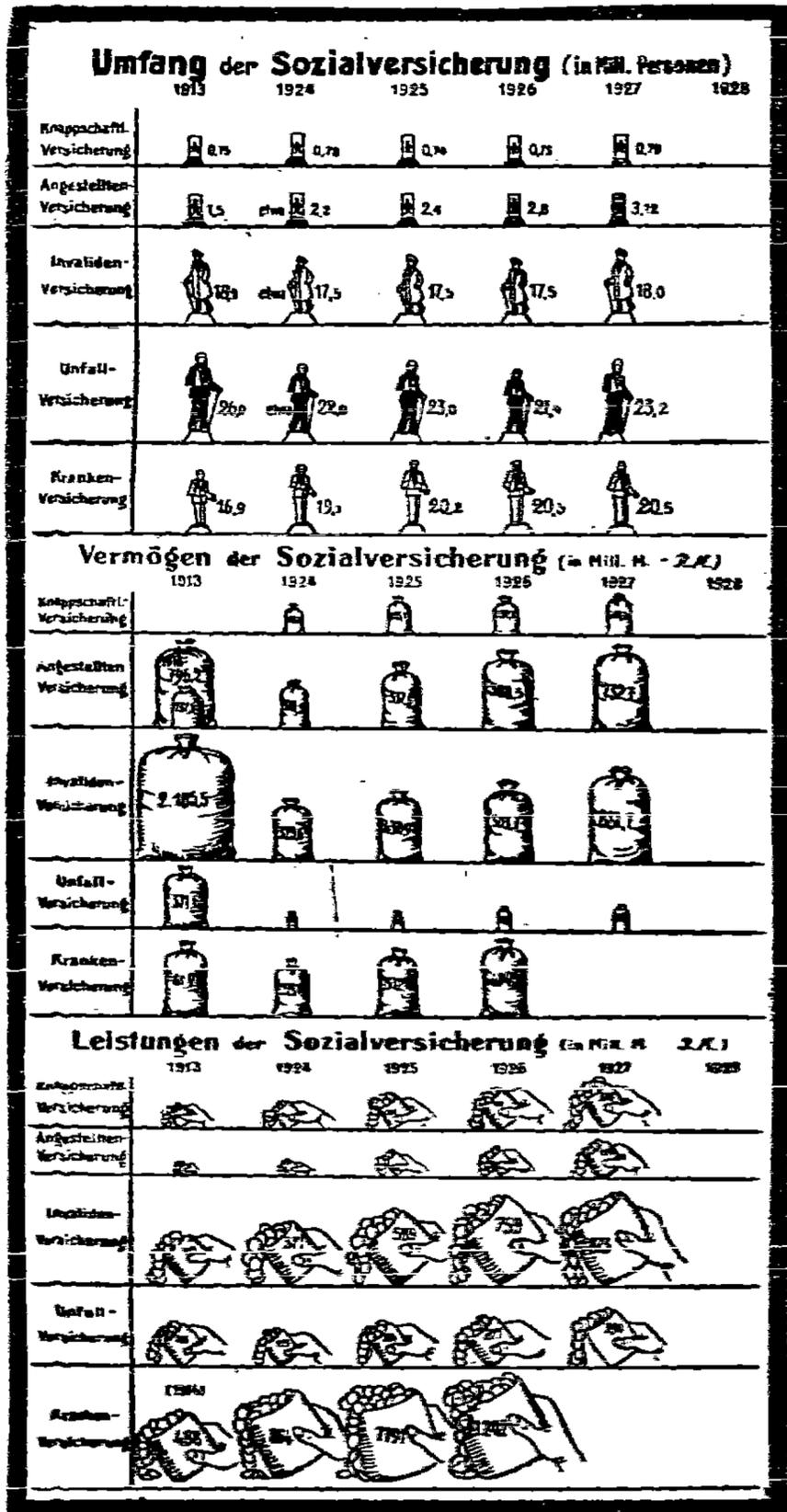
In den Entscheidungsgründen heißt es u. a.:

Der Karfreitag hat, wie auch das Gewerbegericht hervorhebt, in Preußen die Geltung eines bürgerlichen allgemeinen Feiertages. Dies ergibt sich klar aus den bestehenden Gesetzesvorschriften, insbesondere dem Gesetz vom 2. September 1899, nach welchem dem Karfreitag diese Eigenschaft auch für diejenigen Landesteile beigelegt wurde, in welchem sie ihn bis zum Erlaß dieses Gesetzes fehlte. Entsprechend zählt denn auch die Verordnung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz betr. äußere Feilhaltung der Sonn- und Festtage vom 22. 11. 1907 im Par. 14 ausdrücklich den Karfreitag als Festtag auf. Es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß diese gesetzlichen Bestimmungen auch noch nach der Revolution in Geltung geblieben sind. Zwar hat die politische Umwälzung eine Lockerung der Verhältnisse zwischen Staat und Kirche zur Folge gehabt. Andererseits bestimmt aber Par. 139 der neuen Reichsverfassung ausdrücklich: „Die Sonn- und staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erholung gesetzlich geschützt.“ Hat demnach der Karfreitag die Geltung eines allgemeinen bürgerlichen Feiertages, so hat eben an diesem Tage, wie schon aus dem vorerwähnten Artikel der Reichsverfassung hervorgeht, grundsätzlich Arbeitsruhe zu herrschen. Da jedoch einer völligen Arbeitsruhe wichtige allgemeine Interessen entgegenstehen, sind gewisse Ausnahmen von diesem Grundsatz der Arbeitsruhe am Sonntag zugelassen. Nun gelten für den Karfreitag in dieser Hinsicht für Gegenden mit überwiegend katholischer Bevölkerung noch besondere Vorschriften. So bestimmen sowohl das Gesetz von 1899 als auch die vorerwähnten Verordnungen des Oberpräsidenten in fast wörtlicher Übereinstimmung:

„Am Karfreitag soll in Gemeinden mit überwiegend katholischer Bevölkerung die bestehende herkömmliche Werktagsarbeit (auch die gewerbliche Tätigkeit) (Par. 105 a. f. der Gewerbeordnung) nicht verboten werden, es sei denn, daß es sich um öffentlich bemerkbare oder geräuschvolle Arbeiten in der Nähe von dem Gottesdienst gewidmeten Gebäuden handelt.“

Aus diesen Bestimmungen läßt sich aber nicht mit der Beklagten folgern, daß der Karfreitag nicht mehr als Feiertag zu gelten habe. Schon der unzweideutige und klare Wortlaut des Absatz 1 des vorerwähnten Gesetzes von 1899: „Der Karfreitag hat die Geltung eines bürgerlichen allgemeinen Feiertages“ und der vorerwähnte Par. 14 der Verordnung des Oberpräsidenten lassen einen solchen Schluß nicht zu.

Die herkömmliche Werktagsarbeit ist lediglich nicht verboten, also erlaubt. Es handelt sich nur um eine im Interesse der Bevölkerung, namentlich der werktätigen, katholischen Bevölkerung, die schon auf Grund ihrer religiösen Anschauung und alter Ueberlieferung dem Karfreitag eine so hohe feiertägliche Bedeutung niemals beigegeben hat, gegebene Ermächtigung zur Vornahme der herkömmlichen Arbeit. Dieser Auffassung der Mehrzahl der Bevölkerung sollte Rechnung getragen werden. Demgemäß sollen die an den übrigen Sonn- und Feiertagen geltenden Strafbestimmungen für den Karfreitag in Ansehung der herkömmlichen Werktagstätigkeit — von den oben erwähnten Ausnahmen abgesehen — außer Kraft gesetzt sein. Da aber die Arbeit nur erlaubt ist, ist niemand, sofern er nicht allgemein durch seinen Arbeitsvertrag sich zu Sonntagsarbeiten bereits verpflichtet hat, an



Unsere deutsche Sozialversicherung

Karfreitag zur Vornahme der Werktagsarbeit verpflichtet. Ebenso wenig ist der Arbeitgeber seinerseits auf Grund dieser Bestimmung etwa gehalten, seinen Arbeitern an diesem Tage über die sonst erlaubte und in seinem Betrieb übliche Sonntagsarbeit hinaus Gelegenheit zur Arbeit zu geben. Es handelt sich nur um eine Ermächtigung, bei der es jedem freisteht, nach Belieben davon Gebrauch zu machen. Der Feiertagscharakter des Karfreitags sollte nicht angetastet werden. Die Geltung als Feiertag sollte ihm vielmehr trotz der einschränkenden Bestimmung erhalten bleiben. Ebenso wenig wie die für die anderen Sonn- und Festtage gegebene Erlaubnis zur Vornahme gewisser Arbeiten für diese Tage zu Werktagen macht, wird der Karfreitag in Gegenden mit überwiegend katholischer Bevölkerung durch das in weitem Umfang erfolgte Gestatten dieser Arbeit zum Alltag. Ist demnach der Karfreitag gesetzlicher Feiertag, so stehen den Arbeitnehmern auch die tarifmäßigen Zuschläge für die Sonntagsarbeit zu. Diese Zuschläge sollen an den Tagen gewährt werden, an denen der Arbeiter grundsätzlich Anspruch auf Arbeitsruhe hat und ohne seinen Willen zur Arbeit nicht herangezogen werden kann. Damals war, wie dem Gericht aus eigener Sachkunde bekannt ist, die Frage, ob der Karfreitag gesetzlicher Feiertag sei oder nicht und ob demgemäß die tarifmäßigen Zuschläge für Feiertagsarbeit zu zahlen seien oder nicht, nicht nur im Betriebe der Klägerin, sondern in allen größeren industriellen Betrieben Duisburgs streitig. Die Arbeitnehmer brauchten daher nicht ihren Standpunkt durch einen erneuten Protest gegen den Anschlag zum Ausdruck zu bringen. Die vorbehaltlose Aufnahme und Durchführung

der Werkfähigkeit seitens der Beklagten am Karfreitag enthält keine stillschweigende Annahme des Angebotes der Klägerin, zumal diese aus den vorhergegangenen und noch schwebenden Verhandlungen in dieser gesamten Industrie über diese Frage bereits wußte, daß die Arbeiterschaft auf der Forderung der Zuschläge beharrte. Aus den gleichen Gründen ist in dem Umstand, daß die Arbeiter der Klägerin erst im Juni diese Frage für ihren Betrieb wieder aufrollten, kein Verzicht auf die Zuschläge zu erblicken.

Die Berufung war daher unter der Kostenfolge des Par. 97 CPO. zurückzuweisen.

Aus diesem Urteil geht klar und deutlich hervor, daß der Karfreitag

1. ein gesetzlicher Feiertag ist,
2. daß die Arbeitgeber an diesem Tage das Recht haben, den Betrieb zu schließen oder mit Genehmigung des Gewerberates arbeiten zu lassen,
3. daß dort, wo gearbeitet wird, auch ohne weiteres die tariflich vereinbarten Sätze für Sonntagsarbeit gezahlt werden müssen.

Die Hüttenwerke Duisburgs haben damals das Urteil anerkannt und nachträglich die Zuschläge bezahlt.

Es wird nunmehr Aufgabe der Organisationen sein, durch eine erneute Feststellungsklage zu erreichen, daß auch das Reichsarbeitsgericht das Urteil des Landgerichtes Duisburg sanktioniert, um endgültig diese Streitfrage zu klären, wie es mit dem Allerheiligentage bereits geschehen ist. W. Frett.

Sozialversicherung und Sparzwang

II.



Arch schlägt nun in seinem Buch „Irrwege der deutschen Sozialversicherung“ Zwangsspar-Kassen vor, in welche die Versicherten Beträge in der gleichen Höhe, wie sie heute Sozialbeiträge leisten, einzahlen sollen. Nimmt man nun einmal nur den Versicherungsanteil in Höhe von zwei Drittel des Gesamtbeitrages, so ergibt sich bei den einzelnen Lohnstufen von 2 M bis 10 M ein Beitrag von 27,80 M bis 139,04 M pro Jahr. Setzt man hierzu die Leistungen der Krankenkassen in Vergleich, so ergibt sich, daß die Kassen erst bei einem Grundlohn von 10 Mark pro Tag das Versicherungsrisiko decken, in allen anderen Fällen aber hätten Zuschüsse leisten müssen.

Welche Beiträge zahlt ein Versicherter in den einzelnen Lohnstufen von 1 bis 10 M Arbeitsentgelt pro Tag an die Krankenkasse und welche Leistungen erhält er von dieser zurück

Ädgl. Arbeitsentgelt	2,—	3,—	4,—	5,—	6,—	7,—	8,—	9,—	10,—
Beitrag pro Jahr bei einem Satz von 6% vom Grundlohn	41,70	62,58	83,43	104,28	125,13	145,98	166,83	187,68	208,56
Leistungen der Kasse an Arzt und Arzneikosten und sonstigen Ausgaben	71,94	71,94	71,94	71,94	71,94	71,94	71,94	71,94	71,94
Krankengeld für durchschnittl. 124 Krankheits-tage mit 50% des Grundlohnes	12,10	18,60	24,80	31,—	37,20	43,40	49,60	55,88	62,—
Gesamtleistungen der Kasse	84,34	90,54	96,74	102,94	109,14	115,34	121,54	127,82	133,94
Gesamtbeitrag pro Jahr bei einem Satz von 6% vom Grundlohn	41,70	62,58	83,43	104,28	125,13	145,98	166,83	187,68	208,56
Gesamtleistungen der Krankenkasse pro Mitglied und Jahr	84,34	90,54	96,74	102,94	109,14	115,34	121,54	127,82	133,94
zu wenig gez. Beitrag aus etw. abh. Beitr.	42,64	27,96	13,31	—	1,34	15,99	30,64	45,29	59,94
zu wenig gez. Beitrag aus etw. abh. Beitr.	—	—	—	1,34	15,99	30,64	45,29	59,94	74,62
2/3 Versicherten-Anteil am Beitrag	27,80	41,72	55,62	69,52	83,42	97,32	111,22	125,12	139,04
Gesamtleistungen der Kasse (siehe oben)	84,34	90,54	96,74	102,94	109,14	115,34	121,54	127,82	133,94
zu wenig gez. Beitrag aus etw. abh. Beitr.	56,54	48,82	41,12	33,42	25,72	18,02	10,32	2,62	—
zu wenig gez. Beitrag aus etw. abh. Beitr.	—	—	—	—	—	—	—	—	5,10

Nach der amtlichen Statistik über die Invalidenversicherung haben 57,6 Prozent der gegen Invalidität versicherten Bevölkerung ein Einkommen bis zu 30 M pro Woche. Weil bei der Grundlohnermittlung in der Krankenversicherung

die Woche zu 7 Tagen angerechnet wird, so gehören Arbeitnehmer mit einem Wochenlohn von 30 M in die Grundlohnklasse von 4 M pro Tag. Die Arbeiter, die einen Wochenlohn bis 30 M haben, decken also in der Krankenversicherung nicht einmal ihr Versicherungsrisiko, selbst wenn die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeitragsanteile zusammen in Ansatz gebracht werden. Nach der Statistik der Sozialversicherung (Amtl. Nachrichten des Reichsversicherungsamts Nr. 12/1928) über die Invalidenversicherung hatten im ersten Halbjahr 1928 71,3 Prozent der gegen Invalidität versicherten Personen einen Lohn bis 36 M pro Woche, 57,6 Prozent der Versicherten hatten einen Wochenlohn bis nur 30 M. Weil selbst nicht sämtliche Arbeitnehmer mit einem Wochenlohn von 30 bis 36 M in die Grundlohnklasse von 5 M pro Tag hineinkommen, werden nicht einmal 40 Prozent der gegen Invalidität und Krankheit Versicherten ihr Krankenversicherungsrisiko mit eigenen Beiträgen und einschließlich der Beiträge der Arbeitgeber decken.

Ein noch übersichtlicheres Bild über die Verteilung der Versicherten in die einzelnen Lohnstufen der Krankenkassen gewähren folgende Zahlen der Allgemeinen Ortskrankenkassen: Koblenz, Buer und Hamm i. Westf. Es sind dieses Krankenkassen von drei mittleren Städten im Rheinland und in Westfalen, in denen doch nicht die niedrigsten Löhne in Deutschland gezahlt werden. Danach sind vom Hundert der Mitglieder versichert:

bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse					
mit einem Grundlohn von					
	Koblenz	Buer	Hamm	Zus.	
1,— M	19,6	25,6	23,6	22,3	
2,— M	10,6	21,8	28,9	18,2	
3,— M	21,4	11,7	12,6	16,4	
mit einem Grundlohn von					
	Koblenz	Buer	Hamm	Zus.	
4,— M	15,8	6,3	6,2	10,8	
5,— M	6,3	9,8	5,2	7,1	
6,— M	9,1	7,7	6,3	8,1	
7,— M	6,8	6,4	5,1	6,3	
8,— M	4,0	5,1	4,4	4,4	
9,— M	2,6	2,8	2,7	2,7	
10,— M	3,3	2,8	5,0	3,7	
	100,0	100,0	100,0	100,0	

Es haben einen Grundlohn bis 4 M = 67,7 v. H.; über 4 bis 10 M = 32,3 v. H.

Die vorstehenden Darlegungen dürften genügen, um den Wert des Buches des Herrn Satz auf das richtige Maß zurückzuführen.

Nichtsdestoweniger wird es auch weiterhin allen, die wegen der Beiträge zur Sozialversicherung, die sie für ihre Hausangestellten leisten müssen, verärgert sind, als Grundlage für ihre durch keine Sachkenntnis beeinflusste Hege dienen.

Johann Becker, M. d. R., Arnsberg.

Lohnschutz der Betriebsvertreter



Immer wieder wird von unsozialen Unternehmern versucht, den Betriebsvertretern dadurch ihr Amt zu verkleinern, daß ihnen Lohnschwierigkeiten gemacht werden. Man versucht durch allerlei „Bestimmungen“ die Tätigkeit und die Bewegungsfreiheit der Betriebsvertreter möglichst einzuschränken und weigert sich die durch die Betriebsvertreterentfaltung entstandene Versäumnis von Arbeitszeit in der richtigen Höhe zu bezahlen, obwohl Par. 35 BRG. vorschreibt, daß notwendige Versäumnis von Arbeitszeit eine Minderung der Entlohnung nicht zur Folge haben darf. Damit sich die Betriebsvertreter gegen unberechtigte Maßnahmen und gegen Lohnschädigungen seitens der Unternehmer und ihrer Organe wehren können, sei nachstehend ein Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 10. August 1928 zum Abdruck gebracht.

Das Reichsarbeitsgericht (RAG.) sagt in diesem Urteil: „Nach Par. 35 BRG. soll das Betriebsratsmitglied, da es seine Pflichten ehrenamtlich erfüllt, auf der einen Seite keinen Vorteil durch die Ausübung dieser Tätigkeit haben, auf der anderen Seite aber auch keinen Nachteil dadurch erleiden, vielmehr den Anspruch auf den gleichen Arbeitslohn haben, den es gehabt haben würde, wenn es während der in Frage kommenden Zeit gearbeitet hätte. Mit absoluter Genauigkeit wird sich die Höhe des Lohnes, den der Kläger (Betriebsratsmitglied) verdient haben würde, naturgemäß nicht errechnen lassen. Man wird aber der Wirklichkeit am nächsten kommen, wenn man entweder den Verdienst am Vortage zugrunde legt, sofern die Verhältnisse, unter denen das Betriebsratsmitglied an dem in Frage kommenden Tage gearbeitet haben würde, die gleichen geblieben sind, oder wenn man den Verdienst der Affordgruppe an dem in Frage kommenden Tag selbst zugrunde legt, oder unter Umständen beide Maßstäbe miteinander verbindet.“

Dem Urteil lag folgender Tatbestand zugrunde: Das klagende Betriebsratsmitglied arbeitete im Gruppenafford. Die Kolonne bestand aus vier Mann und teilte den Erlös unter sich; vereinzelt ist der Kläger auch im Zeitlohn beschäftigt gewesen. Im Oktober 1927 hatte der Kläger in seiner Eigenschaft als Betriebsratsmitglied einer Aufsichtsratsung der beklagten Firma beigewohnt und dadurch 7½ Arbeitsstunden verjährt. Die Firma zahlte ihm für diese Zeit nur den Zeitsacharbeiterlohn von 0,65 RM, während die übrigen zur Kolonne des Klägers gehörenden Arbeiter an dem Tage der Aufsichtsratsung im Afford 1,25 RM pro Stunde verdient hatten. Das Betriebsratsmitglied klagte auf Bezahlung des Differenzbetrages von 4,50 RM und gewann die Klage in allen drei Arbeitsgerichtsinstanzen.

Mit Recht stellte sich das Reichsarbeitsgericht auf den Standpunkt, daß die Zahlung des reinen Zeitlohnes, wie sie der Unternehmer erstrebte, im vorliegenden Falle zu einer nach Par. 35 BRG. unzulässigen Benachteiligung des klagenden Betriebsratsmitgliedes führen würde, nachdem einwandfrei feststeht, daß der Mann, wenn er nicht durch seine Betriebsratsfähigkeit von der

Affordarbeit abgehalten gewesen wäre, pro Stunde 1,25 RM verdient hätte (RAG. 76/1928).

Zur Reform der Arbeitslosen-Versicherung

nahm der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften folgende Entschliessung an:

Bei dem gegenwärtigen Kampf um die Reform der Arbeitslosenversicherung treten in starkem Maße Bestrebungen zutage, die auf eine Gefährdung der Grundlagen der Arbeitslosenversicherung und auf eine ungerechte Benachteiligung der unverschuldet von Arbeitslosigkeit und Not Betroffenen hinauslaufen. Insbesondere gehen auch in letzter Zeit im Reichstag gestellte Anträge über das Ziel einer Beseitigung von Mißständen in der Arbeitslosenversicherung weit hinaus und bedeuten eine untragbare und unmögliche Verschlechterung der Versicherungsleistungen. Die christlichen Gewerkschaften sind bereit, alle Bestrebungen auf Beseitigung von tatsächlichen Mißständen zu unterstützen, sie wenden sich aber nachdrücklich und entschieden gegen Anträge auf Verschlechterung der Versicherungsleistungen, deren Verwirklichung die Not der breiten Volksschichten noch erheblich steigern würde.

Bekanntmachung

Sonntag, den 30. Juni, ist der 27. Wochenbeitrag fällig.

Adressenänderungen.

Bad Kreuznach. Unsere Geschäftsstelle befindet sich Zwingerl Nr. 8.

Hindenburg (Oberschlesien). Unsere Verbandsgeschäftsstelle befindet sich Hindenburg (Oberschlesien), Kronprinzenstr. 287, Fernruf 3293.

Inhaltsverzeichnis

Der Deutsche Metallarbeiter. Hauptteil:

Der Young-Plan und die Arbeiterschaft (G. W.), S. 401. Um die Publizität der Wirtschaft (Sch. K.), S. 402. Ob beim Scheine der Kerze . . . S. 402. Der Doppellampf gegen die Gewerkschaften (Vertrauensmann G. Wahlen), S. 403. Um die Lohnhöhe in der Metallindustrie (D. D.), S. 404. Unsere neue Erzählung, S. 405. Die Labour Party und der Sozialismus (P. A. Blomjous), S. 405. Der junge christlich Organisierte . . . S. 406. Bezirkskonferenz des 1. Bezirks zu Krefeld (Wbr.), S. 406. Generalversammlung der christlichen Metallarbeiter Hollands (K. D.), S. 408. Werftarbeiterkonferenz des Nordischen Bezirks in Hamburg (. . .), S. 408. Merkmal aus dem Norden, S. 409. Soziales aus der Biskerundskolonie „Saarabien“, (c— — l.), S. 409.

Aus den Betrieben:

Die Lage der schlesischen Metallarbeiterschaft (B. T.), S. 410. Uhrenindustrie-Lohnabschluss (Pth.), S. 410.

Verbandsgebiet:

Klingenthal (W.), S. 411. Nürnberg (a.), S. 411. Hindenburg (s.), Seite 412.

Branchenbewegung:

Schweißer und Brenner (R. Haas), S. 412.

Unterhaltung:

Lostruf des Goldes (Jack London), S. 410.

Arbeitsrecht — Sozialversicherung:

Explosionsgefahren bei Reparaturen von Mineralöl-Behältern (M. Fichtl), S. 413. Unsere deutsche Sozialversicherung, S. 414. Ist der Karfreitag ein gesetzlicher Feiertag? (W. Frett), S. 414. Sozialversicherung und Sparzwang (Johann Becker, M. d. R., Arnsberg), S. 415. Lohnschutz der Betriebsvertreter (Ungert), S. 416. Zur Reform der Arbeitslosenversicherung, S. 416.

Bekanntmachung:

Seite 416.

Schriftleitung: Georg Wieber — Verlag: Franz Wieber, Duisburg. Stapelhof 17. Druck: Echo-Verlag und -Druckerei, e. G. m. b. H., Duisburg.

Gründliche Fachbildung



auf allen Gezeiten des Maschinenbaues und der Elektrotechnik eignen Sie sich neben Ihrem Beruf durch die Selbstunterrichtsreihe des Systems Karnack an.

UNTERSCHNITTUNG DES SELBSTUNTERRICHTS durch Teilnahme am Fernunterricht. Abschlußprüfung können Sie vor einer Kommission ablegen, worüber ausführliche Prüfungsbestimmungen erteilt wird. Ferner Nachholung versäumter Schulprüfungen (Oberschulbereich, Abiturprüfungen) durch die Selbstunterrichtsreihe der Methode Karnack. Ebenso langfristige, fremdsprachliche und musisch-wissenschaftliche Ausbildung. **Bestimmte Monatszahlungen** mit Berufsberatung und Prospekt kostenlos. Lehrproben zur Ansicht. **Beständiges Lehrmittel, Postkurs - Nr. 147.**